F 2382 D

Nordrhein-Westfalen
Landtag intern 15

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 24. 9. 1991

WORT UND WIDERWORT

Müssen die Innenstädte in NRW für Verkehr gesperrt werden?

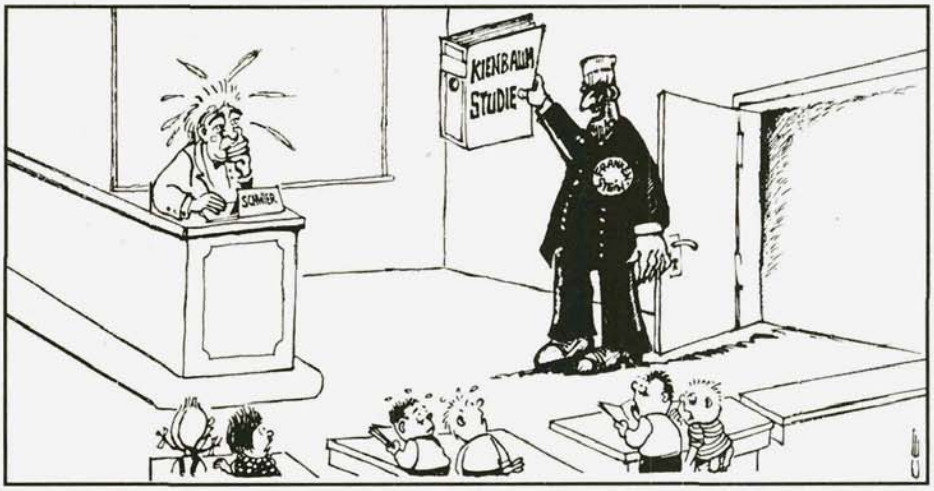
Ganze Quartiere vom Autoverkehr zu befreien, davon halte er nichts. Um die Situation der Anwohner und auch der Besucher nachhaltig zu verbessern sowie die Unfallgefahren zu beseitigen, halte er es jedoch für unabdingbar, den Durchgangsverkehr aus den Kernzonen der Städte herauszuhalten. Dies gehe aber nur, wenn die Erreichbarkeit der Städte durch ein leistungsfähiges Angebot des ÖPNV gewährleistet sei. Das erklärt der SPD-Abgeordnete ***Karl Böse.*** *Der CDU-Abgeordnete* ***Heinrich Dreyer*** *bekräftigt, eine autofreie Innenstadt könne man nicht schaffen, da der Anlieger- und Wirtschaftsverkehr für die Städte elementar sei. Es müsse aber gelingen, autoarme Innenstädte zu schaffen, und zwar durch eine angebotsorientierte Verlagerung des Pkw-Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel. Hierzu bedürfe es aber eines ausreichenden Komfort-, Bedienungs- und Verfügbarkeitsangebots des ÖPNV, das heute erst in Ansätzen erreichbar sei. Die F.D.P.-Abgeordnete* ***Marianne Thomann-Stahl*** *unterstreicht, es könne nur darum gehen, ein Mehr an Miteinander von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr zu schaffen. „Symbiose statt Konkurrenz" heiße daher die Parole. Sie beinhalte, daß landespolitische Vorgaben und die Förderung kommunaler Stadt- und Verkehrsplanung die Belange der Stadtentwicklung, der Wirtschaftsförderung, des Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs gleichermaßen berücksichtigen müßten. Die Grünen-Abgeordnete* ***Gisela Nacken*** *betont, die deutlicher werdende Gefährdung durch Luftschadstoffe und auch die Rechtsprechung würden die Städte in absehbarer Zeit zur Ausweisung „autofreier" Zentren zwingen. Vorbeugender Gesundheitsschutz sei unabdingbar. Es werde kein Weg daran vorbeiführen: Die Stadtluft selbst mache über kurz oder lang die Städte autofrei. Nur so könne städtische Lebensqualität zurückgeholt werden.* *(Seite 2)*

Weltkindertag: 270 Mädchen und Jungen Gäste im Landtag

Präsidentin begrüßte „Glückspilze"

Zum Weltkindertag hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am Freitag, 20. September, rund 270 Kinder und Jugendliche im Landtag empfangen.

Einen Tag lang konnten sie im Plenarsaal und in Parlamentsausschüssen Abgeordneten des Landesparlaments Fragen stellen und ihre persönlichen Anliegen zur Sprache bringen. Ein Rahmenprogramm mit Musik, Tanz und Theater rundete die Einladung ab. Ihr seid stellvertretend für viele Kinder aus Nordrhein-Westfalen in den Landtag gekommen, sagte die Landtagspräsidentin bei ihrer Begrüßung im Plenarsaal. Sie berichtete, insgesamt hätten sich 1 700 Kinder angemeldet. Ihr seid Glückspilze, daß ihr heute im Landtag seid, bekräftigte Frau Friebe. Sie nannte ihre jungen Gäste aber auch Glückspilze, weil sie in einem Land lebten, in dem es ihnen gutgehe. Sie erinnerte an die Mädchen und Jungen, die in anderen Teilen der Welt von Krieg, Unglück und Hunger betroffen seien, und schloß: „Diese Kinder wollen wir heute von hier aus grüßen."
Unter Zustimmung des „Kinderparlaments" richtete die Landtagspräsidentin die Bitte an alle Bürgermeister im Land, in ihren Städten Kindersprechstunden einzurichten.
Ministerpräsident Johannes Rau betonte, Kinderpolitik fange mit der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik an. (Bericht folgt)



„Ich bin der neue Direktor" Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

Die Woche im Landtag

Schulgutachten
Die von Wirtschaftsprüfern vorgelegte Untersuchung zur Schulorganisation führte in der Aktuellen Stunde zu einer heftigen Kontroverse zwischen Regierungslager und Opposition. (Seite 3)

Landeshaushalt
Die Lasten, die sich aus der deutschen Einheit ergeben, wirken sich auch auf den Landeshaushalt 1992 aus. Sie sollen solidarisch getragen werden. (Seiten 4 bis 7)

Funkausstellung
Der Hauptausschuß hat sich auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin über den Stand der Funk- und Fernsehtechnik informiert. (Seite 8)

Garzweiler II
Mit einer Anhörung wollte der Umweltausschuß sich ein Bild über die Auswirkungen des geplanten Tagebaus Garzweiler II machen. (Seite 9)

Computerbörse
In Frankfurt informierte sich der Haushaltsausschuß aus erster Hand über den Börsenhandel per Computer. (Seite 10)

Westfalentour
Der Verkehrsausschuß radelte in den Kreisen Paderborn und Höxter auf ausgebauten Radwanderwegen. (Seite 11)

WORT UND WIDERWORT

Durchgangsverkehr aus Kernzonen der Städte heraushalten

Von Karl Böse

Sowohl die „autogerechte" wie die „autofreie" Stadt ist Utopie. Die städtischen Straßen und Plätze sind multifunktionale Einheiten, die den Verkehrsbedürfnissen gerecht werden müssen. Sie sind gleichzeitig aber auch Kommunikationsräume für Bewohner und Besucher der Städte. Bei der Umgestaltung der Städte geht es deshalb in erster Linie um einen gerechten Ausgleich dieser auseinanderstrebenden Interessen, die unter städtebaulichen und Umweltgesichtspunkten erfolgen müssen. Das Schutzbedürfnis der Bewohner hat dabei Vorrang.

Ich halte nichts davon, ganze Quartiere völlig vom Autoverkehr zu befreien. Um die Situation der Anwohner und auch der Besucher nachhaltig zu verbessern sowie die Unfallgefahren zu beseitigen, halte ich es jedoch für unabdingbar, den Durchgangsverkehr aus den Kernzonen der Städte herauszuhalten.

SPD: Maximalforderungen sind nicht der richtige Weg

Dies geht aber nur, wenn die Erreichbarkeit der Städte durch ein leistungsfähiges Angebot des ÖPNV gewährleistet ist.
Ein wesentlicher Faktor der Verkehrsbelastung der Städte und damit auch der Bewohner ist der ruhende Verkehr. Zur Bewältigung dieser Aufgabe stehen den Städten eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung. Eine moderne Parkraumbewirtschaftung gehört als flankierende Maßnahme ebenso dazu wie die Schaffung von Parkplätzen in den Randbereichen der Städte mit entsprechenden Informationssystemen, die Park-Such-Verkehre minimieren helfen.
Verkehr ist und bleibt das Produkt von Transport- und Mobilitätsansprüchen einerseits und den Schutzbedürfnissen der Anwohner andererseits. Deshalb sind im Einzelfall Eingriffe in den Verkehrsablauf dringend notwendig, die aber der sorgfältigen Planung bedürfen. Bei diesen Planungen muß die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend eingebunden werden, um einen Konsens zwischen Bürgern und Verwaltung herbeizuführen.

Von Heinrich Dreyer

Innenstädte ohne Verkehr wird und kann es nicht geben. Eine Stadt ohne Verkehr wird aufhören, als Stadt zu existieren, denn der Verkehr ist lebensnotwendiges Element einer Stadt. Aber unsere Innenstädte erleben tagtäglich, daß der Verkehr in sich zusammenbricht. Dabei steht das Automobil in der Kritik. Die Frage muß also lauten: Müssen die Städte für das Auto gesperrt werden? In unseren Städten gewährleistet das Auto noch immer Komfort-, Zeit- und Verfügbarkeitsvorteile gegenüber dem öffentlichen Verkehr. Es ist daher wenig befriedigend, Innenstädte für das Auto zu sperren, sondern man muß dazu übergehen, durch Managementkonzepte für den Verkehr Lösungen einer bedarfs- und umweltgerechten Bedienung der Städte zu finden. Hierzu bedarf es einer Fülle von Maßnahmen und der Erkenntnis, daß der Verkehr als ein ganzheitliches System im Umfeld „Stadt" gesehen werden

CDU: Verkehrsmanagement für autoarme Innenstädte

muß. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket hat die CDU-Landtagsfraktion in ihrer Verkehrskonzeption zum städtischen Verkehr vorgelegt.

Eine autofreie Innenstadt kann man nicht schaffen, da der Anlieger- und Wirtschaftsverkehr für die Städte elementar ist. Es muß aber gelingen, autoarme Innenstädte zu schaffen, und zwar durch eine angebotsorientierte Verlagerung des Pkw-Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel.

Hierzu bedarf es aber eines ausreichenden Komfort-, Bedienungs- und Verfügbarkeitsangebotes des ÖPNV, das heute erst in Ansätzen erreicht ist. Der Weg der einseitigen und restriktiven Beschneidung des Automobilverkehrs ist eine wenig intelligente Lösung. Die Menschen unseres Landes haben ein Recht darauf, mobil zu sein. Es muß gelingen, diese Ansprüche bedarfs- und umweltgerecht zu befriedigen. Das Ziel muß daher lauten: Verknüpfung aller verfügbaren Komponenten, um eine Komplettierung der Stadtverkehrssysteme im Verbund zu fördern.

Von Marianne Thomann-Stahl

Nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden sind jede für sich in einer unverwechselbaren Stadtkultur mit einer Vielzahl von Einzelhandelsgeschäften, Gastronomie, Handwerksbetrieben, gewerblicher Unternehmen, Dienstleistungen und kulturellen Angeboten. Sie sind untereinander und nach außen durch ein verzweigtes Straßen- und ÖPNV-Netz verbunden, das modernen Anforderungen allerdings nicht mehr überall entspricht. Die lebendige Vielfalt unserer Innenstädte mit ihrer gesunden Gemengelage von Wohnen und Arbeiten, kleinen und großen Betrieben aller Art und mit ihrer Verkehrsinfrastruktur gilt es zu bewahren und fortzuentwickeln.
Zunehmende städtische Verkehrsprobleme und ein wachsendes Umweltbewußtsein haben zu der radikalen Forderung geführt, das Auto aus den Städten zu verbannen. Der frühere Slogan von der „autogerechten Stadt" ist inzwischen abgelöst worden von dem der „autofreien Stadt". Solche Radikalforderungen beinhalten keine Aussagen darüber, wie die Städte ohne Auto lebensfähig bleiben sollen. Auch Mautgebühren sind keine Lösung. Es kann nur darum gehen, ein Mehr

F.D.P.: Symbiose statt Konkurrenz

an Miteinander von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr zu schaffen. „Symbiose statt Konkurrenz" heißt daher die Parole. Sie beinhaltet, daß landespolitische Vorgaben und die Förderung kommunaler Stadt- und Verkehrsplanung die Belange der Stadtentwicklung, der Wirtschaftsförderung, des Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs gleichermaßen berücksichtigen müssen.

Zentren müssen für den Individualverkehr erreichbar bleiben, insbesondere müssen Hauptverkehrs- und Verbindungsstraßen zu/aus den Zentren offengehalten werden. Verkehrsplanung und Stadtentwicklungspolitik sind darauf abzustimmen, daß Verkehrskonzepte für Stadtteile und einzelne Straßen in den überörtlichen Gesamtverkehrsplan passen. Netzunterbrechungen sind zu vermeiden, damit auch Ortsunkundige die Verkehrsführung erkennen können. Ausgewogene Systeme für Kurz-, Mittel- und Dauerparker sind so zu entwikkeln, daß einkaufsnaher Parkraum zur Verfügung steht, der bedarfsgerecht und marktkonform durch Gebühren bewirtschaftet wird.
Schnell erkennbare Verkehrslenkung und dynamische Parkleit- und Parkorientierungssysteme verringern unnötigen Verkehrsstau, unnötige Emissionen und unnötigen Energieverbrauch.

Von Gisela Nacken

Seit langem regen sich die Proteste der StadtbewohnerInnen gegen Lärm, Schmutz und Verlust von Lebensraum für sich und ihre Kinder. Sie fordern „autofreie" Innenstädte. Aachen wird als erste Stadt in NRW Mitte Oktober den Versuch eines „autofreien" Samstags starten. Besser wäre der Begriff „autoarme" Innenstadt, denn es wird natürlich Ausnahmen für Anlieger, Handwerker, Anliefer- oder Krankentransporte geben.
Es wird nicht bei diesen Versuchen bleiben. Die immer deutlicher werdende Gefährdung durch Luftschadstoffe und wohl auch die Rechtsprechung werden die Städte in absehbarer Zeit zur Ausweisung „autofreier" Zentren zwingen. Vorbeugender Gesundheitschutz ist unabdingbar. Der Schadstoffanstieg durch den Zuwachs an Kraftfahrzeugen hat die Einführung der Katalysatortechnik wettgemacht. Die vergleichende Untersuchung des Umweltministers zur Benzolkonzentration im Blut

DIE GRÜNEN: „Stadtluft macht autofrei"

von Kindern in Borken und im Kölner Stadtzentrum ergab, daß die Konzentration im Blut der Stadtkinder 60 bis 79 Prozent höher ist. Für Benzol kann aber aufgrund seiner krebserzeugenden Wirkung kein gesundheitlich unbedenklicher Grenzwert angegeben werden.

Auch die breit propagierten stromgetriebenen „Ökoautos" führen in eine Sackgasse. Sie sind noch nicht „marktreif", da haben TÜV und Umweltbundesamt schon errechnet, daß ihr Stromverbrauch zwar nicht in den Städten, aber an den Kraftwerksstandorten mehr Schadstoff-Emissionen erzeugen wird als ein vergleichbarer Verbrennungsmotor. Und das Problem der zugeparkten Städte wäre hiermit auch nicht gelöst.

Es wird kein Weg daran vorbeiführen: Die Stadtluft selbst macht über kurz oder lang die Städte autofrei! Nur so kann städtische Lebensqualität zurückgeholt werden. Das werden letztlich auch die Interessenverbände der Gewerbetreibenden begreifen, die jetzt noch vielfach gegen die „autofreie" Innenstadt Sturm laufen.

Heftige Kontroverse über Inhalt und Konsequenzen aus dem Schulgutachten

In einer von CDU und F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde hat die Opposition am 19. September der Regierung Versagen in der Schulpolitik vorgeworfen und den Regierungschef aufgefordert, politische Konsequenzen aus den Ergebnissen des Kienbaum-Gutachtens zu ziehen.

Andreas Reichel (F.D.P.) stellte angesichts der im Gutachten nachgewiesenen Mängel einen „dramatischen Mangel an politischer Führungskompetenz dieser Landesregierung" fest, die sich „satt und selbstzufrieden hinter der Burgmauer ihrer absoluten Mehrheit im Landtag verschanzt". Sie weigere sich beharrlich, die Mängel zur Kenntnis zu nehmen oder gar abzustellen. Es sei der „Gipfel der Betonköpfigkeit", wenn die SPD jetzt noch an der Durchsetzung der Kollegschule als weitere Regelschule festhalte. Statt „auf Biegen und Brechen an alten Ideologien festzuhalten", sollte jetzt gemeinsam über Positionen für ein effizienteres Schulsystem nachgedacht werden.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) begann: „Der größte bildungspolitische Schwindel, den ich kenne, ist mit diesem Gutachten aufgedeckt worden." In den letzten Jahren seien 17 000 Lehrerstellen abgebaut worden, die jetzt nach dem Gutachten der Schule fehlen. Das sei „ruinöse" Schulpolitik, der Kultusminister sei ein „Bankrotteur, der mit der Zukunft der Schülerinnen und Schüler und mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer gespielt hat". Ihre Fraktion folge den Vorschlägen nicht, die nach wirtschaftlichen Rationalisierungskonzepten klängen und dem Recht auf Bildung und Erziehung nur noch den Rang subjektiven Anspruchsdenkens einräumten. Die wichtigste Herausforderung sei, die Schulstruktur im Lande anzugehen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) wunderte sich, daß in wenigen Tagen ein Gutachten von etwa tausend Seiten so fundiert zu lesen sei, daß man daraus am folgenden Tag den Rücktritt von Minister und Ministerpräsident ableiten könne. Er werde solche Konsequenzen nicht ziehen, aber er übernehme die Verantwortung, weil er als gewählter Regierungschef die gesamte Landespolitik verantworte. Wenn die Opposition Vorschläge zur Neugestaltung der Schulstruktur mache, „dann werden wir nicht nur genau zuhören, sondern auch antworten und unsere Positionen zu solchen Vorschlägen darlegen".

Demonstrativer Beistand: Bei den Oppositionsangriffen auf Kultusminister Schwier (rechts) setzte sich Ministerpräsident Rau neben sein Kabinettsmitglied.

Herbert Reul (CDU) warf der Landesregierung vor, sie habe aus ideologischen Gründen bewußt das System Schule fehlgesteuert und es in den Kollaps geführt. Der Ministerpräsident habe sehenden Auges der Verschlechterung der Lage keinen Einhalt geboten. Im Gegenteil, er habe sich noch vor den Mann gestellt, „der der alles verantwortet". Der Regierungschef sei immun gegen Kritik, sei betriebsblind und verfalle immer wieder in politische Erstarrung, fand Reul und betonte, der Ideologiestreit auch innerhalb der SPD gehe zu Lasten der Kinder.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) erinnerte daran, daß es die Landesregierung war, die das Gutachten in Auftrag gegeben habe; dieses müsse sehr sorgfältig ausgewertet werden, „da lassen wir uns nicht in falsche Hektik treiben". Es gehe nicht an, aus dem Gutachten das eine oder andere herauszugreifen, was einem gerade passe und alte Vorurteile bestätige. Bei allem müsse man festhalten, daß NRW mit seinem Bildungssystem jungen Leuten mehr Möglichkeiten und bessere Bildungschancen einräume als andere Bundesländer. Dammeyer lud die anderen Fraktionen zu einem ernsthaften Gespräch über die Organisation des Bildungswesens ein.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, verlangte, der Ministerpräsident müsse Daten setzen, Führung angeben, kritische Punkte ansprechen und daraus die Konsequenzen ziehen. Die Opposition sage seit Jahren, was sich jetzt im Gutachten wiederfinde. Wenn die Regierung schon damals auf die Opposition gehört hätte, dann wäre viel Geld zu sparen gewesen. Als nächste Maßnahme beantrage die CDU eine Sondersitzung des Landtags, „in der Sie Ihre Konzeption vorlegen können".

Kultusminister Hans Schwier (SPD) verwies darauf, daß bisher nur eine vorläufige Form des Gutachtens vorliege, die endgültige Folge im Oktober; dann sei auch der Bericht der am selben Thema arbeitenden interministeriellen Arbeitsgruppe fertig. Da sei es unangemessen, auf einzelne Punkte einzugehen. Die von der Opposition seit Jahren geforderte Einstellung von mehr Lehrern sei der bequemste Weg, aber dann müßte auf anderen wichtigen Gebieten der Daseinsvorsorge gespart werden. Man werde nicht umhinkommen, auch Leistungen zu reduzieren, aber das Land werde weiterhin ein „leistungsfähiges, modernes und demokratisches Schulwesen" behalten.

Unverblümte Kritik an der Schulpolitik (v.l.): Andreas Reichel (F.D.P.) und Herbert Reul (CDU).

Beatrix Philipp (CDU) wandte sich an die SPD. Bei der für heute geplanten Einführung der Kollegschule könne sie zum ersten Mal beweisen, wie ernst sie das 2,4 Millionen Mark teure Gutachten nehme.

Birgit Fischer (SPD) äußerte Zweifel an der Bereitschaft der Opposition, aus dem Gutachten die fälligen politischen und pädagogischen Entscheidungen zu treffen. Sie nutze die Chance nicht, sondern treibe statt sachlicher Diskussion bloße Polemik.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) beschrieb den Hintergrund so: Es sei eine Grundsanierung des maroden Schulsystems notwendig. Im Lande müsse endlich der Vorrang für Bildung und Wissenschaft verwirklicht werden.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) stellte fest, daß das Gutachten gerade im strukturellen Bereich keine Aussage mache. Sie hoffe auf eine ideologiefreie Debatte von beiden Seiten.

Brigitte Speth (SPD) kündigte an, ihre Fraktion werde das Gutachten „in altbekannter Sachlichkeit untersuchen und bewerten". Um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, bedürfe es „riesiger Anstrengungen".

Fortsetzung Seite 17

Interesse am Gespräch über Verbesserungen (v.l.): Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) und Dr. Manfred Dammeyer (SPD). Fotos: Schüler

Haushalt 1992 und Finanzplan bis 1995 mit hohen staatlichen Schulden

Schleußer: Schmerzhafte Neuordnung öffentlicher Aufgaben

Eine Steigerung der Landesausgaben im nächsten Jahr um 3,5 Prozent, eine Neuverschuldung um 16 Prozent und Einnahmen von 5,2 Prozent mehr als 1991 sieht der Entwurf des Haushalts 1992 vor, den Finanzminister Heinz Schleußer am 12. September im Landtag einbrachte. Er hat ein Gesamtvolumen von 73,8 Milliarden Mark. Für die Gemeinden sind 18,3 Milliarden Mark vorgesehen. Die Zusagen beim Wohnungsbau, bei Kindertageseinrichtungen und Pflegeplätzen für alte Menschen sollen eingehalten werden.

Über Rangordnung ganzer Aufgabenfelder heutiger Politik neu nachdenken: Finanzminister Heinz Schleußer bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 1992. *Foto: Schüler*

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) wies eingangs auf die völlig veränderte deutsche Politik hin: Ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung der Einigung sei dringend. Die Verschuldung des Gesamtstaates habe 1990 die Billionengrenze überschritten, neue Schulden würden dazukommen, die Nebenhaushalte (Treuhand, Bahn, Post, Wohnungswirtschaft Ost) seien dabei noch nicht berücksichtigt. „Hohe staatliche Defizite und dadurch extrem hohe Zinsen sind die unsozialste Form der Vermögensumverteilung", sagte der Minister und wies auf Lasten für künftige Generationen hin:

„Die mit der deutschen Einheit verbundenen enormen Lasten müssen gerecht auf mehr als eine Generation verteilt werden. Die heute arbeitenden Menschen können nicht alle Lasten der Einheit und des Krieges tragen. Aber es wäre auch schlicht unverantwortlich, den nachfolgenden Generationen weitgehend eine solche Last allein aufzubürden."

Für Risiken werde nicht vorgesorgt, aufgrund etwa nachlassender Konjunktur:

„Zurückgehende Wachstumsimpulse aus dem Ausland und steigendes Preisniveau im Inland bremsen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Die Nachfrage nach westdeutschen Konsumgütern läßt spürbar nach, die Nachfrage nach Investitionsgütern ist nur schleppend."

Weitere Neuverschuldung sei gesamtwirtschaftlich und finanzpolitisch nicht vertretbar. Daher komme nur Einsparung zusammen mit Einnahmeverbesserung in Frage.

„Wir stehen damit gesamtstaatlich vor einer Neuorientierung und Neubewertung ganzer Politikfelder. Das ist vielen noch nicht bewußt: Die Rangordnung von öffentlichen Aufgaben muß bei Bund, Ländern und Gemeinden grundlegend neu bestimmt werden. Das wird ein schmerzlicher Prozeß werden."

Anders als der Bund habe das Land keine eigenen Kompetenzen zur Steuerung der Einnahmen. Dem Land bleibe Gestaltungsspielraum nur auf der Ausgabenseite. Steigerungen von 3,5 Prozent in 1992 und 1993 sowie vier Prozent in den beiden folgenden Jahren würden für Personal, Schuldendienst und Leistungen an die Gemeinden aufgezehrt. Mehrausgaben, etwa für Wohnungsbau, Kindertagesstätten und Altenpolitik, müßten durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Für dieses ehrgeizige Ziel habe die Landesregierung beschlossen:

1. Ein Moratorium für alle ausgabewirksamen Gesetze bis 1993. Das bedeutet: Keine Gesetzesnovellierungen oder neuen Gesetzesvorhaben, soweit sie Mehrausgaben zur Folge haben oder zu Mindereinnahmen für Land oder Kommunen führen. Das fördern wir allerdings auch im Verhältnis vom Bund zu den Ländern und zu den Gemeinden.
2. Null-Stellen-Wachstum 1992 und 1993. Gegenüber 1991 werden in den nächsten beiden Jahren grundsätzlich keine neuen Stellenzugänge zugelassen. Soweit im Einzelfall zwingende rechtliche Gründe dennoch Personalvermehrungen unumgänglich machen, müssen diese erwirtschaftet werden, das heißt finanziell ausgeglichen werden.
3. Die Sachausgaben werden auf der Basis von 1991 eingefroren. Das heißt: Es wird nur dort Ausgabenzuwächse geben können, wo dies unabweisbar ist. Alle anderen sächlichen Ausgaben werden auf dem Niveau des Jahres 1991 gehalten. Das bedeutet einen realen Rückgang. Denn inflationsbedingte Steigerungen werden nicht aufgefangen."

Trotzdem halte die Landesregierung ihre Zusagen für die Schwerpunkte Wohnungsbau, Kindertageseinrichtungen und Altenpflege ein. Bis 1995 würden rund 110000 Wohneinheiten gefördert. 20000 neue Kindertagesplätze seien im Entwurf 1992 vorgesehen. 2700 neue Altenpflegeplätze sollten im nächsten Jahr geschaffen werden.

Die Steigerung der Personalkosten sei beträchtlich: Vom Steigerungsbetrag des Haushalts in Höhe von 2,5 Milliarden Mark entfielen über 70 Prozent auf Personalkosten. Bei den wachsenden Versorgungslasten baue sich eine Dynamik auf, die die Finanzknappheit verschärfe. Für den Schuldendienst seien 1992 11,3 Prozent mehr aufzuwenden als 1991. Die investiven Ausgaben würden 1992 um 3,4 Prozent zurückgehen, dabei machten sich die rückläufigen Zuweisungen des Bundes bemerkbar.

An Steuereinnahmen würden nach der letzten Steuereinschätzung 5,2 Prozent mehr als im laufenden Haushalt erwartet. Damit könnten rund 78 Prozent der Landesausgaben finanziert werden. NRW habe die höchste Steuerfinanzierungsquote aller Flächenländer. Steuerausfälle stellten daher ein besonderes Risiko für NRW dar.

„Der allgemeine Leistungszustand in allen Politikbereichen ist hoch", sagte Minister Schleußer und hielt Aufgabenbeschränkung für zumutbar. Wer mehr fordere, müsse konkret sagen, wie neue Ausgaben gedeckt werden sollten.

Der Bund plane massive Einschnitte bei der Förderung von Berufsbildung und Hochschule, der regionalen Wirtschaft der Kokskohle, Straßen- und Städtebau- sowie Arbeitsbeschaffung. Ab 1992 sollten Mittelkürzungen von rund einer Milliarde Mark jährlich vom Land verkraftet werden. Zurückgehende Bundesmittel bedeuteten weniger Leistungen für die Wirtschaft und die Menschen.

Zum Finanzbedarf der neuen Länder führte der Minister aus, die Schieflage zwischen Bundeshaushalt und den Haushalten der Länder und Gemeinden verschärfe sich: „Hier ist eine Korrektur überfällig. Das muß geregelt sein, bevor über weitere Finanzierungsbeiträge der Alt-Länder zugunsten der Neu-Länder gesprochen werden kann. Zum Abbau dieser Schieflage sehe ich im wesentlichen zwei Instrumente: eine Neuverteilung der Umsatzsteuer zugunsten der Länder und eine Beteiligung der Länder und Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen."

Die von Bonn vorgesehene Neuregelung beim Familienlastenausgleich werde NRW nicht mittragen, da sie sozial ungerecht sei. Bei der Unternehmensbesteuerung verschließe sich das Land nicht Gründen des Wettbewerbs. Wesentliche Steuerausfälle seien jedoch derzeit nicht zu verkraften. Gewerbesteuerausfälle von 1,6 Milliarden Mark für die Gemeinden seien nicht hinnehmbar. „Steuerliche Entlastungen im Unternehmensbereich von über sechs Milliarden Mark passen nicht in eine politische Landschaft, die vom großen Finanzbedarf zum Aufbau der neuen Länder geprägt ist.

Globale Senkungen der Unternehmenssteuern passen nicht in eine Zeit, in der zur Finanzierung der Aufbaulasten von der Mehrzahl der Bürger in unserem Land erhebliche Steuerlasten getragen werden müssen."
Abschließend sagte der Minister:
„Auf der Ausgabenseite müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand. Tabus kann es nicht geben. Verbesserungen auf der Einnahmenseite können erst dann akzeptabel werden, wenn alle Sparmöglichkeiten aufgegriffen wurden. Am Anfang steht das ernsthafte Sparen. Bei jeder Überlegung zur Einnahmeverbesserung muß die soziale Symmetrie im Vordergrund stehen. Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der den vor uns liegenden Herausforderungen gerecht wird."

Solidarität mit den neuen Bundesländern und deren Gemeinden erforderlich. Die Solidarbeiträge werden individuell ermittelt: Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bei der Einbringung des GFG 1992.
Foto: Schüler

Alle Gemeinden müssen Lasten der Einheit tragen

Den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1992 und des Solidargesetzes legte der Innenminister des Landes, Dr. Herbert Schnoor (SPD) vor. Er wies darauf hin, daß der Regierungsentwurf als Artikelgesetz konzipiert sei.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erinnerte im Zusammenhang mit den finanzpolitischen Rahmenbedingungen daran, wie sehr sich diese mit der deutschen Einigung verändert hätten. Das müsse zwangsläufig auch Folgen für das Gemeindefinanzierungsgesetz haben. Was vor einem Jahr noch heftigst von der Bundesregierung bestritten worden sei, liege jetzt klar auf der Hand: Die deutsche Einheit zum Nulltarif sei nicht durchführbar. Der Finanzbedarf der neuen Länder auf der einen Seite, ihre Einnahmen auf der anderen hätten sich den Prognosen der Bundesregierung nicht angepaßt. Die 115 Milliarden Mark in vier Jahren reichten zum Aufbau nicht aus. Nachbesserungen wegen dieser Strategie seien unvermeidlich. Sie könnten niemanden zufriedenstellen. „Wir dürfen uns aber nicht verweigern — und zwar über einen längeren Zeitraum, als manche in Bonn noch immer vortragen", sagte Schnoor. Das Zusammenwachsen, die Einigung, setzte voraus, daß den Menschen in Ost und West die gleichen Lebensgrundlagen zur Verfügung stünden. Das koste Geld. Hier sei aller Solidarität gefordert. „Ich meine damit alle Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden." In NRW wolle man dabei die Lasten gerecht verteilen. Deshalb schlage die Landesregierung vor, die finanziellen Lasten der deutschen Einheit auf Land und Gemeinden entsprechend der Finanzkraft zu verteilen. Ebenso wie dem Land werde es den Kommunen nicht leichtfallen, diese Leistungen zu verkraften. Ihre Haushalte seien arg strapaziert. Notwendigen Ausgabensteigerungen stünden keine adäquaten Einnahmen gegenüber. Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1992 sehe insgesamt Zahlungen in Höhe von 18,3 Milliarden Mark an die Kommunen vor. Das seien wiederum etwa 32 Prozent aller Steuereinnahmen und rund 28 Prozent der Gesamtausgaben des Landes ohne Zinsen. Die Leistungen an die Gemeinden belegten im Landesetat damit weiterhin den zweiten Rang nach den Personalausgaben. Den Finanzmitteln aus dem allgemeinen Steuerverbund komme dabei das größte Gewicht zu. „Sie sind Kern des Gemeindefinanzierungsgesetzes", sagte der Minister. Die höhere Beteiligung der neuen Länder an der Umsatzsteuer als im Einigungsvertrag vorgesehen führe 1992 dazu, daß der allgemeine Steuerverbund mit 11,7 Milliarden Mark gegenüber 1991 keine Steigerung erfahre. Dem GFG 1992 sei ein einigungsbedingter Einnahmeausfall des Landes von 1,7 Milliarden Mark zugrunde gelegt — und dabei solle es auch bleiben —, obwohl der Einnahmeausfall des Landes tatsächlich wesentlich höher sein werde. Der Finanzkraftanteil der Gemeinden betrage 44 Prozent. Bei der Berechnung des Anteils der Gemeinden an den einigungsbedingten Mindereinnahmen des Landes habe die Landesregierung den Anteilsfaktor von 44 Prozent auf eine einigungsbedingte Mindereinnahme von 1,7 Milliarden Mark und nicht auf die tatsächlich wesentlich höhere Mindereinnahme angewandt. Dies bedinge, daß vom Steuerverbund 1992 zusätzlich 367,5 Milionen Mark im Wege eines Vorwegabzuges — ähnlich wie bei der Bibliothekstantieme — einbehalten werden müßten. Das sei exakt die Differenz zwischen 23 und 44 Prozent der angenommenen Last, die aber tatsächlich wesentlich höher sei. „Durch die vorliegenden Gesetzentwürfe wird für jede einzelne Gemeinde erkennbar, welche Finanzleistungen sie für die deutsche Einheit erbringt", unterstrich Schnoor. Obwohl der Steuerverbund 1992 gegenüber 1991 abnehme, sollten die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände dennoch, entsprechend der Entwicklung des Landeshaushalts, 3,5 Prozent oder 321 Millionen Mark mehr Schlüsselzuweisungen erhalten. Das sei notwendig, weil die Kommunen sich gerade in den Verwaltungshaushalten steigenden Belastungen gegenübersähen. Dies werde dadurch möglich, daß die 210 Millionen Mark, die 1991 zur Schuldenentlastung der Ausgleichstockgemeinden benötigt worden seien, dafür künftig nicht mehr benötigt würden, hier also zur Verfügung stünden.
Der Minister betonte, auch 1992 sei eine zielgerichtete Unterstützung von Hilfsmaßnahmen „unserer Kommunen in den neuen Ländern" unverzichtbar. „Wir konzentrieren sie aber auf den Einsatz von Personal zum Aufbau der dortigen Kommunalverwaltungen." Mit dem Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz gehe das Solidarbeitragsgesetz einher. In ihm werde der Solidarbeitrag unserer Gemeinden für die ostdeutschen Länder geregelt, der sowohl die Umsatzsteuertransferleistungen als auch den Fonds „Deutsche Einheit" umfasse. Insgesamt entfalle auf alle nordrhein-westfälischen Gemeinden rund eine Milliarde Mark. Der Solidarbeitrag werde für jede Gemeinde nach ihrer individuellen Finanzkraft ermittelt. Darauf werde angerechnet, welche Leistungen diese Gemeinde nach der geltenden Finanzverfassung — quasi automatisch — schon erbracht habe. Das seien nämlich die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage sowie die Verringerung der Schlüsselmasse durch die Transferleistungen bei der Umsatzsteuer in die neuen Länder. Es werde Gemeinden geben, die zuviel, und solche, die zuwenig gezahlt hätten. Das müsse über das Solidarbeitragsgesetz ausgeglichen werden. Im Ergebnis würden nach den vorläufigen Berechnungen circa 80 Millionen Mark interkommunal umverteilt.

★ ★ ★

Marianne Paus, CDU-Landtagsabgeordnete, ist anstelle von **Reinhard Hauschild** auf Vorschlag der CDU-Fraktion vom Landtag zum stellvertretenden Mitglied für die Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden. Der Landtag wählte ferner **Carmen Rudolph** anstelle der Landtagsabgeordneten **Brigitte Heemann** (beide SPD) auf Vorschlag der SPD-Fraktion ebenfalls zum stellvertretenden Mitglied für diese Kommission.

★ ★ ★

Dr. Hans Kraft, SPD-Landtagsabgeordneter, hat den Prominentenlauf über zwei Kilometer und damit den RKS-Preis beim vierten internationalen Straßenlauf „Kö-Lauf '91" in Düsseldorf gewonnen. Kraft benötigte für die Strecke 6,58 Minuten.

★ ★ ★

Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD), Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen und früherer NRW-Wirtschaftsminister, ist von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden.

Erste Lesung des Haushaltsgesetzes 1992 — Deutsche Einheit und Gemeindefinanzierung

Opposition bezeichnete Finanzmisere als „hausgemacht" Schleußer gegen „selektive Wahrnehmung von Wahrheit"

Der Landtag hat am Mittwoch, 18. September, das Haushaltsgesetz 1992 in Verbindung mit der Finanzplanung des Landes von 1991 bis 1995, dem Finanzbericht 1992 sowie dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 in erster Lesung beraten. Bei der Aussprache hielt der finanzpolitische Sprecher der CDU, Hartmut Schauerte, dem Finanzminister vor, er mißbrauche die Wiedervereinigung als „Prügelknaben für seine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik". Auch der Finanzexperte der F.D.P.-Fraktion, Rudolf Wickel, kritisierte, nicht die Ausgaben der deutschen Einheit, sondern die „verheerende Finanzpolitik der SPD" sei Grund für das „Nichts-geht-mehr" der Landesregierung. Die Grünen argumentierten ähnlich. Ihr Sprecher Dr. Manfred Busch meinte, NRW bringe nicht größte Opfer für die deutsche Einheit, die Finanzmisere in Nordrhein-Westfalen sei hausgemacht. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Reinhold Trinius, betonte dagegen, die Opposition verhalte sich „pharisäerhaft", wenn sie vom Versagen der Regierung rede, gleichzeitig aber vor der „die Staatsverschuldung in schwindelnde Höhe treibende Finanzpolitik des Bundes" die Augen verschließe. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) warf der Opposition vor, mit Zahlen sorglos umzugehen. Die Aneinanderreihung von Vorwürfen zeige „eine selektive Wahrnehmung von Wahrheit".

Haushaltspolitik in der Kontroverse: v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.), Reinhold Trinius (SPD) und Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

Hartmut Schauerte (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sagte unter Hinweis auf das Volumen von 73,8 Milliarden Mark, das sei nach dem Bundeshaushalt der zweitgrößte Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Man habe einen Zuwachs von 3,5 Prozent bei Steuereinnahmen von 57,1 Milliarden Mark, die immerhin mit 2,8 Milliarden um 5,2 Prozent wüchsen. Die Personalausgaben in diesem Lande — man nähere sich da schon einer sehr kritischen Ecke — stiegen immerhin auf 29,15 Milliarden Mark, also um 6,4 Prozent. Das sei ein Mehr von 1,8 Milliarden Mark. Die Personalkostenquote liege mittlerweile bei 39,7 Prozent. NRW habe inzwischen die schlechteste Investitionsquote aller Länder. Die Kreditmarktverschuldung werde am 31. Dezember 1992 108 Milliarden Mark betragen. Das seien 6288 Mark je Einwohner. Zu den Kosten der Einheit für das Land NRW erklärte der finanzpolitische Sprecher der Union, die Wiedervereinigung sei ein großes politisches Glück. Der Finanzminister aber mißbrauche die Wiedervereinigung als Prügelknaben für seine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik. „Das tut wirklich weh!" Das hätten die Menschen in den neuen Ländern nicht verdient. Kürzlich sei in einer Zeitung zu lesen gewesen, daß das Land bis 1994 rund 21 Milliarden Mark für die Wiedervereinigung aufzubringen habe. Das sei eine unglaubliche Horrorzahl, die der Minister in die Welt setze. In seiner Rede bezeichnete Schauerte die Wiedervereinigung als Chance für NRW. Sie sei Konjunkturmotor. Sie habe auch in NRW einen rapiden Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkt.

Rudolf Wickel (F.D.P.) bezeichnete den Landeshaushalt 1992 und seine Einbringung durch den Finanzminister als den Reflex der Verantwortungsscheu und Entscheidungsschwäche dieser . Regierung Rau. Die Verantwortungsscheu werde durch immer wiederkehrende Verweise auf Defizite und Unzulänglichkeiten in der Bonner Politik illustriert, um sich dahinter zu verstekken, zu entschuldigen oder den Finanzminister zum größten Nebelwerfer in diesem Lande zu ernennen. Für Nordrhein-Westfalen gelte: „Wir können nicht so weitermachen wie bisher, wenn wir nicht die Zukunft unseres Landes verspielen wollen." Nachdem 1970 die Schulden NRW's am Kreditmarkt nur 1,25 Milliarden Mark betragen hätten, hätten sie heute mit 109 Milliarden Mark fast das 90fache der damaligen Schulden erreicht. Zu den Kosten für die deutsche Einheit sagte Wickel, wenn man sehe, daß diesen durch die Einheit bedingten Aufwendungen ein NRW-Haushaltsvolumen von rund 74 Milliarden Mark gegenüberstehe, so werde die ganze Unzulänglichkeit des Arguments, die deutsche Einheit zwinge NRW zur Sparsamkeit, offenbar. An dem Mißverhältnis zwischen knapp einer Milliarde Mark für die deutsche Einheit bei einem Haushalt von rund 74 Milliarden Mark änderten auch die Anteile an der Umsatzsteuer nichts, die auf die neuen Bundesländer entfielen. Darüber hinaus habe sich die finanzielle Unterstützung der neuen Länder auch an Rhein und Ruhr als Konjunkturprogramm erwiesen.

Reinhold Trinius (SPD) erläuterte, bis Ende 1995 werde sich der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts bei vorsichtiger Schätzung gegenüber heute um rund 600 Milliarden Mark erhöht haben. Er könne sich nur wundern, wie die Opposition hier im Lande es angesichts solcher Zahlen dennoch wage, mit erhobenem Finger auf eine Gesamtverschuldung des Landes zu zeigen, die nur einen Bruchteil der genannten Größenordnung ausmache, das Produkt einer zwanzigjährigen Entwicklung darstelle und zudem von der Entwicklung des NRW-Bruttoinlandproduktes in diesen Jahren mehr als abgedeckt werde. An die Opposition gerichtet, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, es sei mehr als pharisäerhaft, „wenn Sie uns hier im Lande Versagen in der Haushaltspolitik vorwerfen, gleichzeitig aber von der das föderale Gemeinwesen aushöhlenden, die Staatsverschuldung in schwindelnde Höhe treibenden Finanzpolitik des Bundes die Augen verschließen". Für NRW bedeute der Wegfall der Strukturhilfemittel Mindereinnahmen in Höhe von 756 Millionen Mark im Jahr. Der von der Bundesregierung immer wieder erweckte Eindruck, als sei es allein der Bundeshaushalt, aus dem die finanziellen Hilfen für die neuen Länder und Gemeinden flössen, sei ganz und gar unzutreffend. Alle West-Länder zusammen erbrächten im Zeitraum 1991 bis 1994 Transferleistungen zugunsten der Ost-Länder von rund 85 Milliarden Mark.

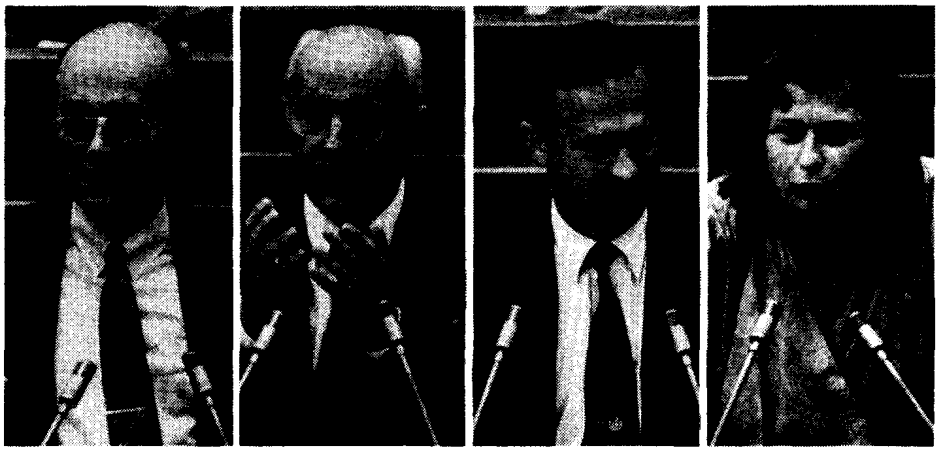
Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) sagte: „Sechs Milliarden Mark für die deutsche Einheit", diese falsche Zahl werde vom Finanzminister systematisch verbreitet, weil er damit nämlich fälschlicherweise unterstellen wolle, daß die Landesregierung für die Einheit größte Opfer bringe sowie diese nordrhein-westfälische Finanzmisere nicht hausgemacht und der Haushalt 1992 ein Sparhaushalt sei. „Alle drei Aussagen sind nachweislich falsch", sagte Busch. Die Ausgaben Nordrhein-Westfalens für die neuen deutschen Länder lägen in einer Größenordnung, die keineswegs alle übrigen Einflußfaktoren überragten. Diesen Sachverhalt versuche der Finanzminister zu verdecken, indem er die Leistungen des Landes NRW für den Fonds Deutsche Einheit mit 3,4 Milliarden Mark angebe. „Das ist schlichtweg ein fauler Trick", meinte der Abgeordnete. Es seien nicht 3,4 Milliarden Mark, sondern es seien genau 716 Millionen Mark, die im Jahre 1992 aus dem Fonds Deutsche Einheit flössen. Um die Belastungen für das Land gigantisch erscheinen zu lassen, nenne der Finanzminister eben die Kreditsumme, die aufzunehmen sei, und nicht die Zahlungen aus dem Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen. Aber auch diese 716 Millionen Mark zahle der Minister ja nicht etwa allein, sondern er hole sich 44 Prozent, also fast die Hälfte, bei den Kommunen wieder.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) hielt der Opposition eine „selektive Form der Wahrnehmung von Wahrheit" vor und kritisierte ihren „sorglosen Umgang mit Zahlen". Zudem würden immer dieselben Vorwürfe erhoben, was schon unterdessen fast Ritual geworden sei. Diese Vorwürfe hätten sich zudem schon zum großen Teil als falsch herausgestellt, fuhr der Minister fort und unterstrich, daß kein anderes Flächenland es geschafft habe, in den Jahren 1981 bis 1989 wie NRW die durchschnittliche Steigerung des Haushalts bei 2,1 Prozent zu halten. Im übrigen könne man das Land nicht isoliert betrachten, es sei keine Insel. Beim Etat 91 stelle sich heraus, daß die Steigerung aller alten Länder 6,6, die von NRW dagegen nur 5,4 Prozent betrage. Und 1992 sehe es so aus: NRW 3,4, bei allen Ländern 4,5 Prozent; Bayern liege bei neun, Baden-Württemberg bei sieben Prozent. Die Opposition solle endlich bereit sein, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, und die Grundtatsache bestehe nun einmal darin, daß angesichts der deutschen Einigung Gemeinsamkeiten auf allen Ebenen des Gesamtstaats notwendig seien. Man sei bereit, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen und werde dafür neue Wege suchen. Aber wenn viele bezahlen und nur wenige gewinnen sollen, wie das jetzt wieder mit dem Steueränderungsgesetz 1992 vorgemacht werde, dann werde es dieses Gesetz nicht geben, betonte Schleußer.

Hartmut Schauerte (CDU) rief dazu auf, eine klare Bilanz der Vorteile zu ziehen, die NRW aus dem Einigungsprozeß habe. Aber so lange man sich neu verschulde, sei man nicht wirklich konsolidiert.

Ernst Walsken (SPD) machte der CDU den Vorwurf, sie führe eine Schattendiskussion, indem sie die Mindereinnahmen durch die deutsche Einheit unberücksichtigt lasse und nur auf Mehreinnahmen verweise. Wer so argumentiere, der erwecke den Eindruck, daß er in dieser Einigung nur ein „Konjunkturprogramm" sehe. Er übersehe dabei, daß damit auch gravierende Veränderungen in der Finanzstruktur verbunden seien. So habe der Bund Zusagen gemacht und deren Erfüllung dann den Ländern und Gemeinden überlassen. Man müsse daher in einen Dialog über neue Strukturen eintreten.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) sah im Haushalt des Landes, was etwa flankierende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Paragraphen 218 betreffe, „nur gähnende Leere". Das sei im hohen Maße „verwerflich". Und was den Personalhaushalt anbetreffe, so führe die verfügte neunmonatige Besetzungssperre zu verheerenden Folgen für Bereiche, die dringend Bedarf haben und mittelbar zur Diskriminierung von Frauen, etwa was die Inanspruchnahme von Fristen nach dem Mutterschutz angehe.



Auf die Gemeinden kommen Jahre des Sparens zu: v.l. Albert Leifert (CDU), Reinhard Wilmbusse (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN). *Fotos: Schüler*

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) sagte, wenn man wisse, welcher finanzielle Aufwand für die fünf neuen Länder und die Gemeinden noch notwendig sei, wenn man wisse, „daß wir beim Umbau der ehemals kommunistischen Staaten in Osteuropa vermutlich nicht ungeschoren davonkommen", wenn man gleichzeitig wisse, daß man im nächsten Jahr schon eine Abgabenquote — Steuern plus sonstige Abgaben der Bundesbürger — von 44,8 Prozent habe, die höchste Abgabenquote in der Geschichte der Bundesrepublik, dann wisse man auch, wie gering die Spielräume seien, diesen Weg weiterzugehen.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erinnerte die CDU daran, daß das große Problem der Gemeinden nicht die Asylsuchenden und Flüchtlinge seien. Das große Problem der Gemeinden seien im letzten Jahr 400000 Übersiedler bzw. Aussiedler aus den ehemaligen Staaten des Ostblocks gewesen.

Gemeindefinanzierung 1992 und der Solidarausgleich

Albert Leifert (CDU) hielt das GFG für eine Fortsetzung der gemeindefeindlichen Politik der Landesregierung. Unter dem Deckmantel der deutschen Einheit bereichere die sich mit strukturellen Veränderungen und Kürzungen. Die Verbundmasse sinke auf 11,7 Milliarden bei 2,8 Milliarden Mark Steuermehreinnahmen. Die zehn Jahre währenden Kürzungen gliederten sich in drei Abschnitte: Verbundsatzabsenkung, Steuerumverteilungen und ab 1992 der sogenannte Solidarausgleich. Daß die Regierung nicht zum Konkurs gezwungen sei, verdanke sie der erfolgreichen Sparpolitik der Gemeinden. Der Entwurf sei Flickwerk und Bürgertäuschung und könne von der CDU nicht hingenommen werden.

Reinhard Wilmbusse (SPD) hielt es für richtig, den Gemeinden deutlich zu sagen, wieviel sie zur deutschen Einheit beizutragen hätten. Seitens des Bundes fehle ein verläßlicher Finanzierungsplan. Das Land habe den Gemeinden früher mehr Geld gegeben, als es verkraften könne, das werde nun abgebaut. Tatsächlich stiegen die Schlüsselzuweisungen um 3,5 Prozent, möglich durch den Wegfall der Ausgleichsstock-Belastung. Das betont vorsichtige Rechnen des Finanzministers sei zu begrüßen. Kritik werde verstanden, Polemik helfe nichts.

Michael Ruppert (F.D.P.) hielt eine breite Mehrheit angesichts notwendiger Reformen für nötig. Der Einfallsreichtum der Regierung bei Eingriffen in die Gemeindefinanzen übertreffe alle Erwartungen. Der Rechentrick mit der Umsatzsteuer müsse verfassungsrechtlich überprüft werden. Es sei Bewußtseinsspaltung, bei Mehreinnahmen den Anteil der Einheit aus- und beim Teilen wieder einzublenden. Das Land dürfe die Gemeinden nicht nur an den Kosten, sondern müsse sie auch an den Gewinnen beteiligen. Von all den Manipulationen an den Gemeindefinanzen halte die F.D.P. nichts. Fair sei einzig ein gerechter Anteil an Steuereinnahmen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) sprach der Regierung das Recht ab, auf Bonn zu schimpfen, da sie selbst ständig Kosten nach unten abschiebe. In den Gemeinden werde über 1000 Mark diskutiert, während das Land eine Milliarde streichen und der Bund Hunderte von Milliarden aufbringen könne. Eine neue Finanzverteilung müsse erreicht werden, dabei sollten die SPD-Politiker mithelfen. Drastische Kürzungen würden geschickt versteckt, die Kommunen müßten rechtzeitig die Fußangeln suchen, um dann nur noch ihre Niederlage in Grenzen zu halten. Das GFG sei ein Gesetz für Fachleute, die Bürger spürten nur immer höhere Gebühren.

Unentschieden zwischen Niedersachsen und NRW

Zu einem interessanten Kräftevergleich kam es in Nordhorn zwischen den Fußballmannschaften der Landtage von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Von Beginn an entwickelte sich ein flottes Spiel; die zweite Halbzeit, die einen offenen Schlagabtausch brachte, bot Fußball auf hohem Niveau. Gelungene Kombinationen, packende Torraumszenen, tolle Torhüterparaden versetzten die Zuschauer in helle Begeisterung. Selbst FIFA-Schiedsrichter Walter Eschweiler schnalzte genießerisch mit der Zunge. Folge des von beiden Seiten offensiv geführten Spiels: sogenannte hundertprozentige Torchancen in Hülle und Fülle.

Es war letzten Endes den beiden hervorragenden Torhütern zu verdanken, daß nur zwei Tore fielen. Was die beiden nicht hielten, rauschte knapp an den Pfosten vorbei. Auch der neuen Sturmspitze des FCL, erstmals eine Frau, technisch versiert und torgefährlich, blieb das Torglück versagt. Es war insgesamt ein gerechtes Unentschieden: In der ersten Hälfte dominierte der FCL; in der zweiten Hälfte hatten die niedersächsischen Fußballer die größere Zahl an Chancen. Bleibt zu hoffen, daß das Rückspiel in Düsseldorf ähnlich guten Fußball bietet.

Telekom informierte Hauptausschuß in Berlin über technische Neuerung bei Mobilfunk und DSR

Zu den traditionellen Gepflogenheiten des Hauptausschusses gehört der Besuch der internationalen Funkausstellung, die alle zwei Jahre in Berlin stattfindet. Der Besuch der Ausstellung vom 4. bis 7. September wurde durch ein medien- und kulturpolitisches Rahmenprogramm ergänzt.

Die Telekom gab zu Beginn des Rundgangs unter anderem einen kurzen Überblick über die technischen Neuerungen im Bereich Mobilfunk und digitales Satelliten-Radio (DSR). In einer anschließenden Diskussion wurden insbesondere die Folgen der von der EG-Kommission am 26. Juni 1991 verabschiedeten Direktive, nach der Fernsehprogramme in der neuen D2Mac-Norm ausgestrahlt werden müssen, erörtert. Vertreter der Telekom wiesen darauf hin, daß zeitlich unbegrenzt die Möglichkeit bestehen bleiben soll, Programme über einen weiteren Satelliten-Kanal in einer der beiden herkömmlichen Fernsehnormen PAL oder SECAM zu senden.

Der Rundgang führte durch das technisch-wissenschaftliche Programm, in dem technische Zusammenhänge und Konsequenzen der Entwicklungen für den Radio- und Fernsehzuschauer mit kleinen technischen Demonstrationen anschaulich erläutert wurden. So zum Beispiel die Bemühungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, durch das PAL-PLUS-Projekt die terrestrische Ausstrahlung bezüglich Bildformat (16:9) sowie Bild- und Tonqualität an die neuen Verfahren der Satellitenübertragung anzupassen.

An den verschiedensten Ständen informierten sich die Mitglieder des Hauptausschusses über technische Neuerungen, wie zum Beispiel bei der Firma Sony über den DAT-Disc-Man, ein elektronisches Wörterbuch mit hoher Speicherkapazität, das neue globale Positionierungssystem, mit dem man überall auf der Welt innerhalb kurzer Zeit seine Position bestimmen kann. Nokia stellte ein neues System der Fernbedienung (Fernseh-Mouse) vor, das ASO-Plus-System zur nachträglichen Schärfeverbesserung bei Videofilmen, und erläuterte die Bemühungen der Gerätehersteller um eine gemeinsame wirtschaftliche Lösung der Entsorgung von „Elektronik-Schrott". RFT, der größte Farbfernsehproduzent aus Ostdeutschland, erläuterte seine Strategie, durch besondere, herausragende Leistungsangebote den Westmarkt zu erobern. Vertreter von ASTRA berichteten, daß inzwischen vier Millionen Haushalte in Europa mindestens ein über ASTRA abgestrahltes Programm empfangen, davon 1,5 Millionen allein im deutschsprachigen Raum. ASTRA rechnet mit einem weiteren Boom, sei doch der Direktempfang die einzige Möglichkeit, preiswert und kurzfristig ein umfassendes Programmangebot zu erhalten. Neue Satelliten sollen den Ausbau auf bis zu 48 Programmen möglich machen und auch sicherstellen, daß das Fernsehen der Zukunft, nämlich HDTV-Programme, übertragen werden können.

Das kulturpolitische Programm wurde gestaltet von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Reinhard Grätz, hatte das Programm so abgestimmt, daß der Ausschuß sich einen beinahe umfassenden Eindruck über die von der Stiftung am 3. Oktober 1990 übernommenen Kultureinrichtungen im Ostteil der Stadt verschaffen konnte. Nach Artikel 35 Absatz 5 des Einigungsvertrages hat die Stiftung, deren steigender Finanzbedarf auch von Nordrhein-Westfalen abzudecken ist, auch die Trägerschaft für die im Osten befindlichen Teile — Deutsche Staatsbibliothek und Berliner Museumsinsel sowie Dienststelle Merseburg des zentralen Staatsarchivs der DDR — übernommen.

Stiftung übernahm Trägerschaft

Die schon 1989 angelaufene Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern in Ost und West ist jetzt auf eine rechtliche Grundlage gestellt mit dem vorrangigen Ziel, die Sammlungsteile wieder zusammenzuführen, so der Vizepräsident der Stiftung, Hoffmann. Er erläuterte die bauliche Konzeption zur Verwirklichung dieser Ziele, welche internationale Experten gutgeheißen hätten, da es die real existierenden Kulturforen in der jetzt bestehenden spezifischen Form erhalte. Die Baupläne seien zwar intern im Streit gewesen, die Generaldirektion sei aber mit dem Stiftungsrat darin einig, daß auch eine städtebaulich sinnvolle Lösung gefunden worden sei. Unter Weiterentwicklung der historischen Vorgaben könne man mit den verschiedenen Standorten Anschluß an internationale Kulturzentren gewinnen.

Die Ausschußmitglieder konnten sich vor Ort davon überzeugen, daß enorm hohe Baulasten durch die vorläufige Trägerschaft auf die Stiftung übergegangen sind. Personelle Überlegungen und strukturpolitisch notwendige Personalmaßnahmen — 1300 Mitarbeiter wurden mitübernommen — mit all ihren Problemen wurden ebenfalls diskutiert. Der Zusammenschluß der beiden Staatsbibliotheken zu einer „vereinigten Bibliothek", welche die beiden Häuser am Kulturforum und Unter den Linden gemeinsam nutzen wird, ergibt nach Einschätzung der Direktion eine Sammlung wissenschaftlicher Literatur und schriftlicher Überlieferungen, die mit knapp acht Millionen Druckschriften zu den großen Bibliotheken Europas gezählt werden kann. Zur Unterbringung der Bestände in beide Häuser wurde ein chronologischer Zeitschnitt vereinbart; die Aufteilung kann aber erst erfolgen nach entsprechender Grundsanierung des Gebäudes Unter den Linden sowie entsprechender Baumaßnahmen für die zweckmäßige Einrichtung und gegebenenfalls Ergänzung der vorhandenen Räumlichkeiten.

Elternmitwirkung

Der Landtag hat einen F.D.P.-Gesetzentwurf zur Stärkung der Elternrechte (Drs. 11/1991) an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen. **Andreas Reichel** (F.D.P.) erklärte, man wolle auch die Mitwirkung beim Kultusminister verbessern. **Manfred Degen** (SPD) stimmte der Überweisung zu, weil in dem nun 14 Jahre alten Schulmitwirkungsgesetz einiges der Entwicklung im Schulwesen angepaßt werden müsse. **Bärbel Wischermann** (CDU) sagte, die anstehende Novellierung sollte nun endlich die erkennbaren Schwächen des Schulmitwirkungsgesetzes beseitigen. Für die Grünen erklärte **Brigitte Schumann,** man stimme dem Anliegen zu, die Mitwirkung der Eltern in den Schulen zu verbessern. Kultusminister **Hans Schwier** (SPD) betonte, man solle immer daran denken, daß Schule für Eltern und ihre Kinder viel mehr in der Schule stattfinde als im Schulausschuß dieses Landtags oder sonstwo in der Politik.

Eine Gruppe von zehn Pädagogen des Sambischen Christenrates aus dem afrikanischen Staat Sambia hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3.v.r.) empfangen worden. Der Besuch der Pädagogen geht auf eine Initiative der SPD-Abgeordneten Dr. Manfred Dammeyer (Mitte hinten) sowie Reinhold Hemker (r.) zurück. *Foto: Schüler*

Anhörung zu den Auswirkungen des geplanten Tagebaus Garzweiler II

„Der Ausschuß hat ein Recht auf eine eigene Informationsbasis“

Die sozialen, ökologischen und wasserhaushaltlichen Auswirkungen des beantragten Braunkohletagebaus Garzweiler II waren Gegenstand einer ganztägigen öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung am 13. September im Düsseldorfer Landtag. Ausschußvorsitzender Werner Stump (CDU) betonte zu Beginn, daß die Verfahrensherrschaft beim Braunkohleausschuß liege; mit dieser Anhörung von Bergbautreibenden, Betroffenen, Wissenschaftlern, Sachverständigen und Naturschützern wolle sich der Ausschuß legitimerweise eine eigene Informationsbasis verschaffen. Stump ließ dabei den Einwand des F.D.P.-Mitglieds Hans-Joachim Kuhl nicht gelten, der die Bedenken des Braunkohleausschusses gegen die Rechtmäßigkeit der Anhörung im Landtag vorbrachte und bedauerte, daß die Landtagsverwaltung das vom Ältestenrat in Auftrag gegebene Rechtsgutachten in dieser Frage noch nicht vorgelegt habe, „sonst besteht die Gefahr, daß die Anhörung zur Farce wird“, erklärte Kuhl. — Es folgen verkürzte Ausschnitte aus den Beiträgen einzelner Teilnehmer.

Im ersten Durchgang, bei dem die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt im Mittelpunkt standen, erklärte Rheinbraun-Vorstandsmitglied Dr. Bernhard Thole, das Unternehmen habe eine über 100jährige Tradition nicht nur in der Braunkohlegewinnung und -verarbeitung, sondern auch darin, die damit verbundenen Belastungen so weit wie möglich zu verringern. Dort habe man vorzeigbare Leistungen erbracht, betonte Thole und erklärte die Bereitschaft des Unternehmens, „weitere sinnvolle und vertretbare Anregungen umzusetzen“. Helmut Goedecke, ebenfalls von Rheinbraun, machte darauf aufmerksam, daß wohl noch nie Feuchtgebiete so intensiv hydrologisch und ökologisch untersucht worden seien. „Insgesamt gesehen bleiben trotz der wenigen, örtlich begrenzten Veränderungen durch Versickerungsmaßnahmen die ausgedehnten Feuchtgebiete des Naturparks Schwalm-Nette in ihrem Wasserhaushalt, in ihrer ökologischen Struktur und ihrer Wertigkeit erhalten. Das ökologische Risiko ist unseres Erachtens beherrschbar“, resümierte er.

Professor Dr. Rouvé, Lehrstuhl und Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft der RWTH Aachen, erläuterte das von ihm erstellte mathematisch-numerische Grundwassermodell der „Venloer Scholle“ und legte den Schluß dar, bei diesem aus 23000 Einzelelementen gebildeten Gesamtmodell, in das Meßdaten aus 16 Jahren eingespeichert seien, sei davon auszugehen, daß bei feuchtigkeitsgebietsnaher und tagebaunaher Versickerung die Grundwasserbestände in allen gewünschten Bereichen auf einem vom Tagebau unbeeinflußten Niveau gehalten werden könnten.

Dr. Uwe Schöttler wandte gegen die bisher vorliegenden Untersuchungen ein, sie seien zu „sektoral“ angelegt. Es blieben offene Fragen, die in einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach einer „gesamthaften, medienübergreifenden und Wechselwirkungen berücksichtigenden Untersuchung aller Umweltauswirkungen“ geklärt werden sollten. Im übrigen bedürften diese mit dem Braunkohletagebau verbundenen Auswirkungen einer kontinuierlichen Kontrolle „in Form eines begleitenden Monitoring-Programmes“, meinte der Vertreter des Instituts für Wasserforschung in Schwerte.

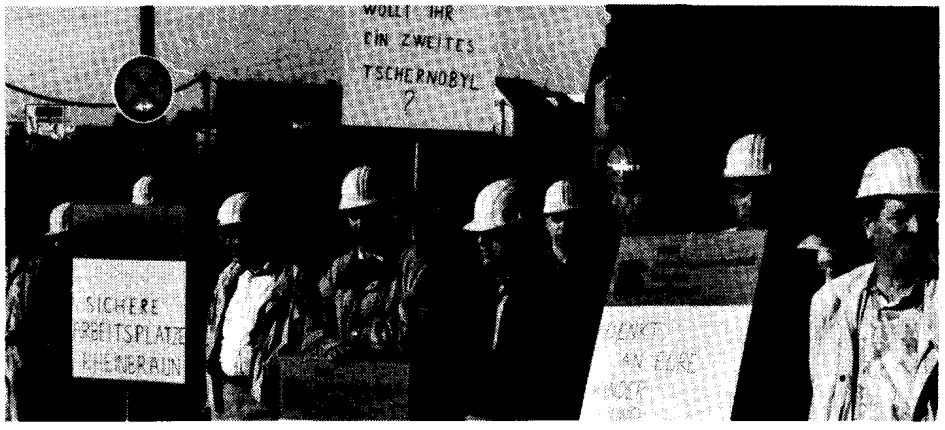
Mahnwache 1 — Menschen demonstrieren vor dem Landtag außerhalb der Bannmeile für den Erhalt ihrer Heimat und halten Transparente mit den vom Braunkohleabbau bedrohten Ortsnamen und den Einwohnerzahlen hoch.

Die absehende Versauerung des Grundwassers im Bereich des geplanten Tagebaus stellten Professor Dr. P. Obermann (Bochum) und Professor Dr. Kinzelbach (Kassel) in den Vordergrund ihrer Beiträge. Obermann machte darauf aufmerksam, daß beim Schadstoffaustrag einer Kippe wie Garzweiler II mit Jahrhunderten zu rechnen sei, der geplante Eintrag von Rheinwasser unterstütze die Natur bei ihrer Selbsthilfe und werde dazu beitragen, daß „irgendwann“ Wasser von natürlicher Grundwasserqualität entstehe. Das Augenmerk sei auf „Nester der Versauerung“ zu richten, die die Versauerung in Gang halten und nur durch aufwendige Maßnahmen wie selektiver Abbau oder selektive Verkippung oder aber durch Zugabe säurepuffernder Stoffe unter Kontrolle gehalten werden könnten. Kinzelbach rückte das Problem der Versauerung des Restsees in den Mittelpunkt und machte ebenfalls auf die Langfristigkeit von Gegenmaßnahmen (Einleitung von Rheinwasser in großen Mengen und nördlicher „Sperriegel“ in Form von Entnahmebrunnen, die das versauerte Wasser davon abhalten sollen, weiter in die Feuchtgebiete zu wandern). Eine geänderte, das heißt verkleinerte Lösung für Garzweiler II, so Kinzelbach weiter, wäre vielleicht gleichzeitig auch die Lösung für Garzweiler I. Kinzelbach diplomatisch: „Eine geschickte Planung für Garzweiler II könnte eine Lösung für Garzweiler I mit beinhalten.“

Aus der Sicht der Wasserversorgung vermochte Dr.-Ing. Briechle vom Erftverband keine grundsätzlichen Bedenken gegen Garzweiler II zu erheben. Es sei aber darauf zu achten, daß in weiten Teilen der Venloer Scholle möglichst schnell wieder die ursprünglichen Grundwasserverhältnisse erreicht würden.

„Durch technische Maßnahmen ist es möglich, die Wassermenge, die für die Feuchtgebiete nötig ist, dorthin zu bringen“, stellte Professor Dr. R. Mull (Garbsen) vor den Ausschußmitgliedern fest. Für die Wasserqualität, die die Pflanzen erreiche, sei die Aussage wesentlich, daß je weiter der Standort der Versickerungsanlagen von den Feuchtgebieten weggelegt werde, desto mehr Wasser aus der Grundwasserneubildung in die Feuchtgebiete gelange. Die Wassertemperatur werde allenfalls um ein Grad Celsius ansteigen. Eine sorgfältige Enteisenung und Entmanganung verlangte Professor Dr. Horst D. Schulz, Bremen, bevor das Wasser infiltriert werde. Ein Grenzwert von 120 mg Sulfat pro Liter dürfe nicht überschritten werden.

(wird fortgesetzt)



Mahnwache 2 — Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich für die Realisierung von Garzweiler II aus und erinnern an die Sicherheit der Energieversorgung durch heimische Braunkohle. Fotos: Schüler

NRW-Finanzpolitiker betonten in Frankfurt die Rolle der Düsseldorfer Börse (Teil II)

Rund um die Uhr – rund um die Welt

Am zweiten Tag der Informationsveranstaltung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Thema „Börse" in Frankfurt standen Besuche der Deutschen Terminbörse (DTB) und der Frankfurter Wertpapierbörse auf dem Programm.

Die Deutsche Terminbörse bietet im Gegensatz zu den Wertpapierbörsen keinen Präsenzhandel an. Sie betreibt ein bundesweites elektronisches Handelssystems, das 170 Rechner umfaßt, an denen insgesamt 12000 bis 13000 Bildschirme angeschlossen sind. Die Investitionskosten stellte ein Vertreter der DTB mit 60 Millionen Mark (für die Hardware) und 350 Mannjahren (für die Software) dar.

Im Rahmen der sich anschließenden Ausschußsitzung in der Frankfurter Wertpapierbörse stellten sich zunächst die Geschäftsführer vor und gaben jeweils einführende Berichte zur Frankfurter Börse, zur Entwicklung des elektronischen Handelssystems IBIS und zu ihren Absichten ab, den elektronischen Handel auch für die Wertpapierbörse einzuführen bzw. auszubauen.

Um den Finanz- und Börsenplatz Deutschland zu stärken, sei, so Dr. Rüdiger von Rosen, Sprecher des Vorstandes der Frankfurter Börse, eine Vereinheitlichung der deutschen Wertpapierbörsen unumgänglich. Im Rahmen eines dualen Systems, das sowohl Präsenz- als auch Computerhandel umfaßt, könne der Finanzplatz Deutschland im internationalen Vergleich nur bestehen, wenn er transparenter werde. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung sei die Einführung bzw. Weiterentwicklung des integrierten Börsenhandels- und Informationssystems „IBIS". Zur Leistungsfähigkeit dieses Systems erläuterten die Geschäftsführer, IBIS habe sich auch in der Zeit des Umsturzversuches in der Sowjetunion, in der große Volumina abgewickelt worden seien, bewährt.

Die Vertreter der Börse wiesen jedoch auch auf die soziopsychologischen Probleme des computerisierten Finanzmarktes hin. Den Händlern, die ihre Geschäfte ausschließlich über Bildschirme abwickeln, fehle der persönliche Kontakt zu den übrigen Beteiligten. Die Deutsche Terminbörse, die bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt habe, organisiere aus diesen Gründen regelmäßig Zusammenkommen der angeschlossenen Händler.

Der aus Düsseldorf stammende Geschäftsführer Dr. Dieter Mühlhausen wies auf die derzeit positiv laufenden Verhandlungen mit der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf über einen Rahmenvertrag zur Nutzung von „IBIS" hin. Es sehe so aus, als seien kompromißfähige Formulierungen gefunden worden.

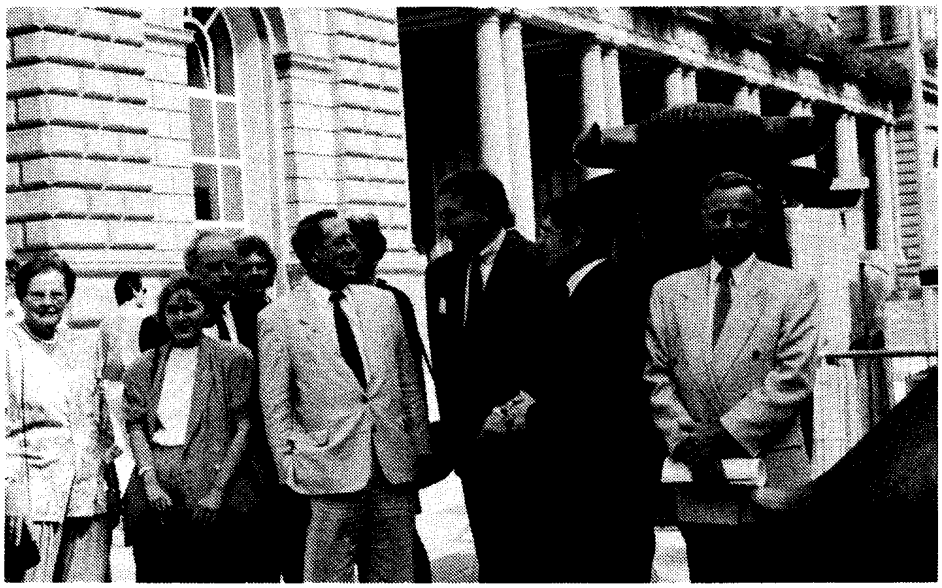
Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) unterstrich in seinen Dankesworten ausdrücklich die Notwendigkeit, die Frankfurter Wertpapierbörse persönlich aufgesucht zu haben. Nur so habe sich der Ausschuß einen realistischen Eindruck von der Praxis des Computerhandels, den Möglichkeiten des dualen Handelssystems und den Absichten der Frankfurter Börse verschaffen können.

Als Abrundung der Veranstaltung besichtigte der Ausschuß abschließend das „Parkett" der Frankfurter Wertpapierbörse.

★

Zur Einführung in die Veränderungen am Finanzmarkt lag dem Ausschuß eine Ausarbeitung des NRW-Finanzministeriums vor. Darin wird das für viele Bürger schwer verständliche Geschäft mit dem Geld erläutert: „Zum Finanzmarkt werden die Bank-, Versicherungs- und Kapitalmärkte gerechnet. Der Kapitalmarkt ist in Deutschland in einen außerbörslichen und den Börsenmarkt unterteilt." Die Bedeutung des klassischen Börsenmarkts liege im Ausgleich von verbriefter Kapitalnachfrage von Unternehmen und öffentlich-rechtlichen Anbietern und dem Kapitalangebot in Geld von privaten und institutionellen Anlegern.

Durch neue wirtschaftliche und technische Gegebenheiten unterlägen die Finanzmärkte einem beschleunigten Wandel. Es werde rund um die Uhr und rund um die Welt gehandelt. Das gelte für Geld, Devisen und Wertpapiere. Ferner werde nicht mehr nur Geld an Unternehmen ausgeliehen, sondern es würden verbriefte Forderungen an Unternehmen gehandelt. Zudem hätten die Staaten den grenzüberschreitenden Verkehr von Kapital liberalisiert.



Um die Zukunft des deutschen Aktienmarktes angesichts der Computerisierung des Wertpapierhandels ging es beim Besuch des Haushaltsausschusses in der Frankfurter Börse, v.r.: Peter Bensmann (CDU), Dr. Rüdiger von Rosen, Vorstandssprecher der Frankfurter Wertpapierbörse, Leo Dautzenberg (CDU), Ausschußvorsitzender, Rudolf Wickel (F.D.P.), Robert Schumacher (SPD), stellv. Ausschußvorsitzender, Heidi Berger (SPD), Marianne Paus (CDU).

Spielbanken in neuen Ländern

Kritische Äußerungen zum Spielbanken-Engagement der WestLB in den neuen Bundesländern fielen in der von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde des Haushaltsausschusses am 4. September in Frankfurt. Der Haushaltsexperte der Grünen-Fraktion Dr. Manfred Busch, der an dieser Sitzung nicht teilgenommen hatte, machte das Thema außerdem zum Gegenstand einer Mündlichen Anfrage, die Finanzminister Heinz Schleußer im Plenum am 12. September beantwortete.

Nach Schleußers Ausführungen seien mit der früheren DDR-Regierung Modrow auf deren Angebot hin Verträge geschlossen worden, die nach Vollzug der deutschen Einheit nun eine Fülle von Rechtsfragen aufwürfen. Die WestLB-Tochter Deutsche Spielcasino GmbH bemühe sich jetzt um eine einvernehmliche Lösung mit den Landesregierungen. Er erwarte eine vernünftige Lösung ohne faden Beigeschmack hinsichtlich der Interessen der neuen Länder. Von einer Spielbankabgabe in NRW für 1991 erhalte die Landesstiftung für Wohlfahrtspflege 45,8 Millionen Mark.

Öffentliche Anhörungen

Verkehr – Schule – Energie

Am Mittwoch, 25. September, finden zwei öffentliche Anhörungen statt. Im Ausschuß Mensch und Technik werden „Gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr" hinterfragt. Im Ausschuß für Schule und Weiterbildung geht es um die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre.

★

Sieben Sachverständige aus Wirtschaft und Wissenschaft nehmen auf Einladung des Wirtschaftsausschusses in öffentlicher Anhörung am 11. Oktober zur künftigen Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen Stellung.

★

Sondersitzung des Landtags zu Garzweiler II

Zum Thema „Garzweiler II ist noch nicht entscheidungsreif" findet auf Antrag von 97 Abgeordneten der Fraktionen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN am Dienstag, 24. September, um 15.30 Uhr eine Sondersitzung des Landtags statt.

Verkehrsausschuß: Kommunaler Radwegebau in Ostwestfalen voller Erfolg

Radwanderweg Höxter—Den Haag bringt Leben in ländlichen Raum

Per Fahrrad überzeugte sich der Verkehrsausschuß mit seinem Vorsitzenden Hans Jaax (SPD) auf mehr als 100 Kilometern in den Landkreisen Paderborn und Höxter vom gelungenen Einsatz von Landesmitteln für den kommunalen Radwegebau. Der 275 Kilometer lange Fernradwanderweg R 1 quer durch Westfalen bis zur holländischen Grenze, 1988 eröffnet, sei von der Bevölkerung und von Touristen bestens angenommen worden, versicherten die örtlichen Politiker dem Landtagsausschuß und Verkehrsminister Franz Josef Kniola, der den Ausschuß mehr als 24 Stunden lang begleitete. Dank der Öffnung im Osten Deutschlands konnte der fahrradbegeisterte OKD des Kreises Höxter neue Perspektiven vorstellen. Noch vor der Bundesregierung möchte er (1994) in Berlin sein: mit der Fortsetzung des Radweges durch Südniedersachsen, Thüringen und Brandenburg nach Potsdam.

„Erörterung von Radwege- und Verkehrsproblemen" stand am ersten Tag des dreitägigen Ausflugs viermal im Programm, das den Ausschuß vom Standquartier Willebadessen am Eggegebirge westlich an der Heimatstadt Paderborn der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) vorbeiführte, mit den Stationen Hövelhof — Delbrück — Salzkotten/Verne — Büren — Wünnenberg. Als Vertreter des Wahlkreises Paderborn-Land fuhr der im Mai 1990 neu gewählte CDU-Abgeordnete Gerhard Wächter mit. Am zweiten Tag wurde von der Westgrenze des Kreises Höxter, dank guter Organisation durch die Fremdenverkehrsfachfrau Tanova mit Rükkenwind und Stationen in Steinheim, Nieheim, Vörden, Höxter und Beverungen-Wehrden, eine landschaftlich wunderschöne Strecke durch den (aus parteipolitischer Sicht) ebenfalls „schwarzen" Wahlkreis des CDU-Sozialpolitikers Antonius Rüsenberg zurückgelegt. Den krönenden Abschluß bildete am dritten Tag ein vom örtlichen Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Paul Mohr (CDU) effektvoll inszenierter Empfang in Warburg im Südosten des Kreises, mit Barockmusik vom Burgbalkon, mit einer Pressekonferenz im Renaissance-Rathaussaal und mit dem Mittelalter nachempfundener Führung durch die 950 Jahre alte, liebevoll restaurierte Stadt.

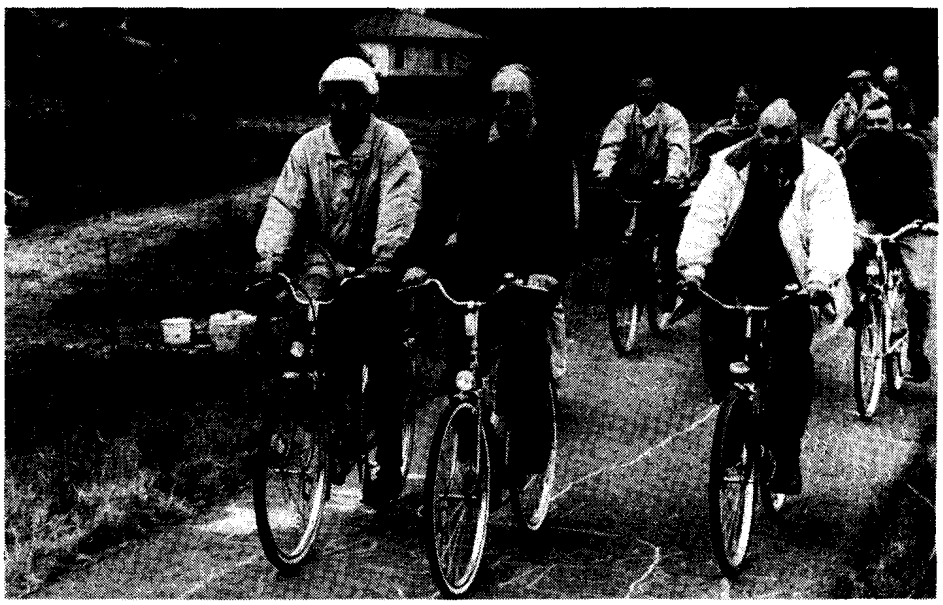
Die örtlichen Kreis- und Gemeindeämter hatten sich für den Besuch aus Düsseldorf viel Mühe gemacht. Mindestens zehn Bürgermeister (darunter zwei Frauen) und zehn Stadt- bzw. Gemeindedirektoren begrüßten die radelnden Abgeordneten unterwegs und vor Ort. „Früher war es so: Wenn der König kommt, gibt's Straßen", erläuterte Oberkreisdirektor Paul Sellmann aus Höxter, von 1970 bis 1975 auch Mitglied des Landtags, das Engagement. Die Teilnahme des Landesverkehrsministers hatte auch viel Pressebegleitung angelockt, darunter sogar den Vertreter eines bekannten Nachrichtenmagazins. Kniola trug als Pedalritter einen leuchtfarbenen Radfahrerhelm, was die Fotografen reizte und den Ausschußvorsitzenden zu der nicht ganz ernstgemeinten Bemerkung veranlaßte, darunter stecke der einzige Kopf, der noch nicht beschädigt sei.

Probleme mit dem motorisierten Straßenverkehr wurden überall vorgetragen. Mitten durch den mittelalterlichen Stadtkern von Nieheim führen die Schwerlasttransporte, sagte dessen Stadtdirektor und wünschte sich nur die Verkehrslenkung über eine gut ausgebaute Kreisstraße. Durch eine der schönsten Fachwerkstraßen Deutschlands mit Häusern aus dem 16. Jahrhundert dröhnten täglich 9000 Fahrzeuge, klagte die Bürgermeisterin von Höxter und hielt eine Umgehungsstraße mit neuer Weserbrücke für unumgänglich. Da fügt es sich gut, daß in NRW Verkehr und Stadtentwicklung in einem Ressort zusammengefaßt sind, daß ein Minister sowohl Denkmäler als auch Verkehrsteilnehmer zu schützen hat.

Aber Klagelieder über die Verkehrsferne aus touristischer und wirtschaftlicher und die Verkehrsdichte aus umweltpolitischer Sicht anzustimmen, war nicht die Hauptsache bei der Radwandertour. Einhellig lobten die ostwestfälischen Kommunalvertreter den überregionalen Radwanderweg und den Ausbau weiterer Radwegenetze als eine ganz tolle Sache. An den Wochenenden täglich bis zu 5000 Radfahrer seien in diesem Sommer gezählt worden, hieß es an der Weser. Und auch die Volksvertreter, die nach den ersten 50 Kilometern noch über schmerzende Körperteile geklagt hatten, waren am nächsten Tag begeistert über den glatten Asphalt und die Streckenführung fernab des Hauptverkehrs. Radfahren in Westfalen, das hieß nicht nur Naturgenuß und Sport, sondern auch liebevoll aufgespürte Zeugnisse der Geschichte passieren, wie sie der Kartenkalender zum R 1 ausweist. Am dritten Tag gaben gar ungeübte Radfahrer unter den Ausschußmitgliedern ihren von einer regionalen Busgesellschaft geliehenen Drahtesel nur ungern auf den Spezialbusanhänger zurück.

„Haben sie auch zugehört?" nahm OKD Sellmann das Echo in den örtlichen Parlamenten vorweg und lobte die Düsseldorfer Landtagsabgeordneten fürs Zuhören. Nebenbei war bei der Radtour auch etwas über den Umgang in der „kommunalen Familie" zu erfahren. Die Rolle der „Eltern" ist hier ganz offensichtlich den Landespolitikern zugedacht. Artig bedankten sich die kommunalen Landeskinder für das Geld aus Düsseldorf und zeigten, daß sie ihre Lektion gelernt hatten: Im Gestrüpp der Zuständigkeiten für Straßenbaumittel bei Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen kannten sie sich aus. Der Minister, „Hausvater" über die Millionen im Landeshaushalt, zum Beispiel im Titel 88315 über 38 Millionen Mark für den kommunalen Radwegebau 1991, war als treuer Urlauber der Region und Wochenend-Stammgast mit den örtlichen Problemen so gut vertraut, daß er auf die sachkundigen Vorträge in den Rathäusern gar nicht angewiesen zu sein schien. Manchmal drehte er den Spieß um, ergriff selbst das Wort und trug dem Ausschuß die Probleme und Lösungen aus seiner Sicht vor. Kontroversen wie um die große Linie seiner Verkehrspolitik zwischen Regierung und Opposition in der Landeshauptstadt wurden auf der Radwandertour nicht ausgetragen. An den „Goldenen Zügel" der Zweckzuweisungen hat man sich in der kommunalen Familie gewöhnt. Ja, sogar Einsicht in noch knappere Kassen als bisher war zu hören.

Trotz des Schwerpunktthemas „sanfter Tourismus" war die Grünen-Fraktion bei der politischen Radtour nicht vertreten. Daß ihrer Verkehrsexpertin die Teilnahme wegen des motorisierten Zubringers nicht umweltfreundlich oder wegen des „Amtstropfens" von Marienmünster und so weiter nicht gesund genug war, ist ein Gerücht. Terminnöte hatten auch andere Ausschußmitglieder, die wenigstens zeitweise mitgeradelt sind. Der Blick in die Landkarte läßt eher auf ein Verkehrsproblem schließen. Die Abgeordnete stammt aus Aachen, was bekanntlich am anderen Ende von Nordrhein-Westfalen liegt. mmg



Freude über herrliche Radwanderwege in Ostwestfalen, v.l.: Verkehrsminister Franz Josef Kniola (SPD), der Warburger Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Paul Mohr (CDU), Gerhard Wächter, CDU-Abgeordneter aus dem Paderborner Land (hintere Reihe), und Stadtdirektor Walter Semlin. Foto: Schlottmann

Gute Erfahrungen mit deutscher Technik

Polnischer Bergbau für NRW-Kontakte

Anfang September unternahm eine Kommission des Ausschusses für Grubensicherheit unter Leitung des Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) eine Informationsreise in die Republik Polen. Auf dem Programm standen Gespräche im Industrieministerium und bei der Bergbehörde sowie die Besichtigung von Bergwerken und Forschungseinrichtungen.

Den Auftakt der Informationsreise bildete in Warschau der Besuch im Ministerium für Handel und Industrie. Hier erläuterte der für Angelegenheiten des Bergbaus und der Energiewirtschaft zuständige Unterstaatssekretär Lipko die aktuellen Probleme des polnischen Steinkohlenbergbaus, die stark durch die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen und durch den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft geprägt sind:
Die 68 Steinkohlenbergwerke Polens sind seit 1990 jeweils selbständige Wirtschaftsunternehmen. Die inländische Steinkohlenförderung von etwa 150 Millionen Jahrestonnen (1990) ist ein Grundpfeiler für die Stromerzeugung in Polen. Da der Strompreis zur Dämpfung der Inflationsrate im Augenblick noch durch die Regierung auf niedrigem Niveau eingefroren ist, können die Kraftwerke für die Kohlelieferungen nur einen Preis zahlen, der unter den Selbstkosten der Bergwerke liegt. Die Kosten-Erlös-Differenz wird durch staatliche Subventionen ausgeglichen, die jedoch wegen der angespannten Etat-Situation in Kürze auslaufen sollen. Die Gewinnungskosten der meisten Schachtanlagen liegen weit unter dem Weltmarktpreis für Steinkohle, ein Export mit entsprechenden Erlösen ist für die Bergwerke attraktiv, allerdings werden Exportkontingente staatlich beschränkt, damit der Inlandsbedarf gedeckt werden kann.

In der deutschen Botschaft erläuterte der Leiter der Handelsförderungsstelle, Dr. Hardieck, den Stand und die Perspektiven der Hinwendung der Republik Polen zur Demokratie und zur Marktwirtschaft. In Kattowitz besuchte die Delegation anschließend die Agentur für Steinkohle, die, dem Industrie- und Handelsministerium unterstellt, das Bindeglied zwischen den Bergwerken und der Regierung darstellt. Die Aufgaben der Steinkohlenagentur erläuterte der Generaldirektor Pawelczyk. Schwerpunkt ist hier die Vorbereitung einer Neuorganisation des polnischen Bergbaus, da eine Optimierung hinsichtlich der Fördermenge und der -kosten eine Zusammenfassung jeweils mehrerer Bergwerke in Betriebsführungsgesellschaften voraussetzt. Weil eine Förderkonzentration auf leistungsfähige Verbundbergwerke und damit auch eine Stillegung langfristig unrentabler Bergwerke unumgänglich ist, wird von der Agentur im Augenblick eine entsprechende Bewertung der einzelnen Bergwerke durchgeführt. Pawelczyk betonte dabei, daß diese notwendige Neuorganisation sehr viel Fingerspitzengefühl erfordere, da in den Belegschaften wie allgemein in der Bevölkerung als Konsequenz aus dem Scheitern der Planwirtschaft staatliche Eingriffe und Reglementierungen abgelehnt würden. Ein langfristig leistungsfähiger und rentabler Bergbau ist jedoch eine der Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung Polens.

Wegen des dichtgedrängten Programmablaufs konnte nur ein Teil der Kommissionsmitglieder die oberste Bergbaubehörde Polens besuchen. Hier erläuterte der Vizepräsident, Generaldirektor Bradecki, Organisation und Aufgaben der polnischen Bergbehörde. Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Bergaufsicht in Polen durch 15 Bergämter. Ihnen vorgesetzt ist die oberste Bergbehörde, die wiederum direkt dem Premierminister untersteht. Die Bergbehörde mit etwa 530 Mitarbeitern beaufsichtigt landesweit 350 Betriebe, die über 50 verschiedene Bodenschätze fördern. Die Aufgaben und Kompetenzen der Bergbehörden entsprechen denen der deutschen Bergbehörden. Die Mitarbeiter der polnischen Bergbehörden halten enge Kontakte zu den deutschen Kollegen, erst im Juni dieses Jahres fand ein Gedankenaustausch an den Oberbergämtern in Dortmund und Saarbrücken statt. Auf den Stand der Arbeitssicherheit im polnischen Bergbau angesprochen, erläuterte Bradecki, daß das Unfallgeschehen in Polen hinsichtlich der Unfallhäufigkeit und -schwere durchaus mit den Bergbauländern Westeuropas vergleichbar sei. Bei den Aufgaben der Bergbehörde bekommen auch in Polen Belange des Umweltschutzes immer größere Bedeutung. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß der durch Planwirtschaft und Finanzknappheit geprägte Bergbau — wie im übrigen auch andere Industriezweige — enorme Altlasten hinterlassen hat.
Bei Befahrungen auf den Bergwerken „Piast" und „Krupinksi" des oberschlesischen Steinkohlenreviers konnte die Kommission persönliche Eindrücke vom Stand der polnischen Bergwerkstechnik gewinnen. Den Unternehmensleitungen erläuterten die polnischen Ingenieure die guten Erfahrungen mit deutschen Bergwerksmaschinen und -ausrüstungen. Trotz der knappen Finanzmittel sei man weiterhin interessiert, auch in Zukunft die fortschrittliche deutsche Technik zu nutzen. Hierzu bestünden zahlreiche konkrete Absprachen mit der deutschen Zulieferindustrie, vor allem in Nordrhein-Westfalen, über Lieferungen und Lizenzproduktionen.
Ein weiterer Programmpunkt war die Besichtigung der Versuchsgrube „Barbara" des polnischen Bergbau-Hauptinstituts in Kattowitz. Der Direktor der Versuchsgrube, Krzystolik, betonte auch hier die enge und seit Jahren bewährte Zusammenarbeit mit den entsprechenden deutschen Einrichtungen, wie beispielsweise mit der Versuchsgrube Tremonia in Dortmund, die darin begründet sei, daß in beiden Ländern die gleichen grubensicherheitlichen Probleme bestünden.
In Krakau fand ein Treffen mit dem Rektor und den Professoren der Bergbauinstitute der Akademie für Bergbau und Hüttenkunde statt, wo sich die Kommission über das Studienangebot und die Forschungstätigkeit informierte. Den Abschluß der Informationsreise bildete ein Empfang durch den deutschen Generalkonsul in Krakau, Dr. Hölscher. Dabei ergaben sich mit ebenfalls anwesenden Vertretern aus Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaft „Solidarität" informative Gespräche über die angestrebte Weiterentwicklung des marktwirtschaftlichen Systems in Polen, bei denen auch wiederholt der Wunsch nach weiterer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland angesprochen wurde. Alle Gespräche erfolgten in sehr offener und freundlicher Atmosphäre.

Brandenburger Haushaltskontrolle im Aufbau

Über die gesetzlichen Grundlagen und weitere Voraussetzungen der parlamentarischen Haushaltskontrolle sowie für die Einrichtung eines Landesrechnungshofs informierten sich die Mitglieder des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Brandenburger Landtags bei den Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf, 2. v.r.: Walter Neuhaus (CDU), Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses im NRW-Landtag, Klaus-Dieter Arlt (CDU), Vorsitzender des Potsdamer Ausschusses, Hannelore Birkholz (PDS-LL), Hermann Jansen (SPD), stellvertretender Vorsitzender des NRW-Ausschusses. Foto: Schüler

Sachkundiger Meinungsaustausch im Wirtschaftsausschuß

Möglicher Konsens in Energiefragen

Auf der Tagesordnung der von Vorsitzendem Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 11. September standen der 20. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe (GA) Regionale Wirtschaftsstruktur, SPD-Anträge zur Qualifizierung an beruflichen Schulen und zu rationeller Energieverwendung sowie mehrere Bundesratsdrucksachen. Zu Beginn der Sitzung überreichte SPD-Sprecher Ernst-Otto Stüber dem Vorsitzenden namens des gesamten Ausschusses zum 60. Geburtstag unter Bezug auf dessen Geburtsort Berlin ein dreibändiges Werk zur preußischen Geschichte.

Bei der Erörterung der Anmeldung des Landes zum 20. GA-Rahmenplan machte Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) darauf aufmerksam, daß die „Erfolgsmeldung", NRW habe seinen Anteil an den Fördergebieten von 15 auf 32 Prozent verdoppelt, auch nachteilig auszulegen sei und sprach Ausgleichsleistungen für den Truppenabzug an. Ernst-Otto Stüber (SPD) hielt dagegen, über die Festschreibung der Förderung für alle Problemgebiete auf drei Jahre könne man sich nur freuen. Truppenabzug habe nichts mit Wirtschaftsförderung zu tun, sondern sei als Folge der Entspannungspolitik Sache des Bundes. Wirtschaftsminister Dr. Günther Einert hielt bisher auf Bundesebene errechnete Folgekosten für viel zu gering, warnte aber auch vor zu hohen Erwartungen. Inzwischen leitete er dem Parlament einen aktuellen Sachstandsbericht zum Truppenabbau der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte in NRW (Vorlage 11/733) zu. Danach sollen insgesamt 70000 Soldaten bis 1997 aus NRW abgezogen werden. Im Bundesrat setzt sich NRW für ein Sonderprogramm zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen ein.

Beim von Laurenz Meyer (CDU) angeschnittenen Thema Kohle — erhebliche Verringerung der Fördermengen — kam das schwierige Problem frühzeitiger Vorsorge im Ausschuß zur Sprache: Trete man vor Ort rechtzeitig für Maßnahmen der Umstrukturierung ein, werde das als vorzeitige Aufgabe von Schachtanlagen aufgefaßt. Zudem seien frühe Umsetzungen, so meinte Abgeordneter Meyer, wegen der guten Sozialleistungen auszuschließen.

Erheblichen weiteren Beratungsbedarf meldeten, auch wegen des inzwischen veröffentlichten Kienbaum-Gutachtens zur Schule in NRW, die Ausschußmitglieder der CDU und F.D.P. beim Berufsschulantrag der SPD an. Die öffentliche Anhörung des Schulausschusses am 26. Mai sollte ausgewertet werden. SPD-Sprecher Stüber verwies jedoch auf das frühere Votum gegenüber dem federführenden Ausschuß (Der Antrag stand gemäß Vereinbarung im Ältestenrat bereits auf der Tagesordnung der nächsten Plenarwoche; Bericht über die Plenardebatte in der nächsten Ausgabe). Nach dem Vortrag der wichtigsten Einwände von CDU und F.D.P. dankte Abgeordneter Meyer dem Wirtschaftsminister für dessen klare Absage an Förderung von Berufsschulen aus Mitteln des Wirtschaftsressorts, das sei eigenständige Wirtschaftspolitik. Der Vorsitzende bedauerte die Nichtöffentlichkeit der Ausschußsitzungen, da viele gute Argumente „hier hängenbleiben".

Beim SPD-Antrag „Rationelle Energieverwendung: Die bisherigen Erfolge ausbauen" (Drs. 11/1961) zeigte sich die SPD dagegen kompromißbereit und stimmte der Vertagung zu, da möglicherweise in einer Kommission ein gemeinsamer Text formuliert werden könne. Hans-Karl von Unger (CDU) hielt den ersten Satz des Antrags, wonach rationelle Energie die größte und sicherste Energiequelle der Zukunft sei, für eine Provokation, die so nicht akzeptiert werden könne. Dr. Manfred Busch (Grüne) fragte nach Landesförderung für Kraft-Wärme-Kopplung, für die Umstellung von Öl auf Gas, für Windkraft und Biogas-Anlagen. Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) kritisierte „Ankündigungspolitik" bei der Werbung für Fernwärme auf Kohlebasis in den Kommunen und die für die Energiewirtschaft nicht kalkulierbare Vorgabe „modernster Technik". Ernst-Otto Stüber (SPD) trug erfolgreiche, auch im Antrag aufgezählte Maßnahmen des Landes zum Energiesparen sowie die Bereitschaft zu gemeinsam getragenen Antragsformulierungen vor. Ebenfalls einigen wollen sich die Fraktionen über den im CDU-Antrag 11/2013 vorgeschlagenen Energiepaß. Eine Kommission werde hierzu vom Umweltausschuß (federführend) eingesetzt.

Hellwig: Statt Anhörung echten Dialog!

Gesprächskreise über Folgen von Gen-, Entsorgungs- und Energietechnik

Der Ausschuß Mensch und Technik beriet mit Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) unter Leitung der Vorsitzenden Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) am 13. September über Möglichkeiten des Dialogs zwischen den Hochschulen und dem Parlament zur Früherkennung von Technikfolgen.

In der Regel treten Konflikte um eine Technik erst dann auf, wenn sie schon weitgehend ausgereift ist. Eine Möglichkeit, die „Vorwarnzeit" möglicher Risiken von Technologien zu verringern, ist es, bereits im Stadium der Grundlagenforschung nach eventuellen Nebenfolgen zu fragen. Das bedeutet vor allem für die Natur- und Ingenieurwissenschaften, daß sie bereits vor der Anwendungsreife folgenorientiert denken und handeln müssen. Diesem Ziel dienen nach dem Bericht der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn, eine Reihe von Aktivitäten im Bereich der Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen oder interdisziplinäre Arbeitsgruppen, zum Beispiel zur Bio-Ethik. Zu den erstgenannten Aktivitäten kündigte die Ministerin eine Veröffentlichung ihres Ministeriums an.

Der Ausschuß hatte bereits im Februar 1991 eine Anregung von Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) begrüßt, daß die Ministerin zur Verbreitung des TA-Gedankens und des Folgenbewußtseins in der Wissenschaft weitere Arbeitskreise ins Leben rufen wird.

Weiterhin erbat der Ausschuß von der Wissenschaftsministerin Vorschläge, mit welchen Sachverständigen ein Beraterkreis des Ausschusses zu konkreten Themen zusammengesetzt werden könnte. Helmut Hellwig (SPD) legte großen Wert darauf, daß die Kommunikation in beide Richtungen verläuft: Das Instrument der Anhörung sei ein zu starres Instrument, um einen echten Dialog zwischen Wissenschaft und Politik zu ermöglichen. Es müssen auch für den Abgeordneten Möglichkeiten bestehen, Probleme an die Wissenschaft weiterzugeben. Einigkeit bestand darüber, daß in solchen Gesprächen insbesondere NRW-spezifische Themen aufgegriffen werden sollten.

Die Vorsitzende, Frau Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), regte an, daß ein solches Thema die Humangenetik sein sollte, da es bisher im Landtag keinen Ausschuß gebe, der dieses Thema mit allen seinen Aspekten aufgegriffen habe. Lothar Hegemann (CDU) schlug ergänzend das Thema der Entsorgungstechnik vor; Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) das der Energietechnik.

Für den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft setzt sich der Ausschuß Mensch und Technik ein, hier mit Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD, Bildmitte, r. neben Ausschußvorsitzender Dr. Katrin Grüber, DIE GRÜNEN). SPD-Sprecher Helmut Hellwig (Mitte) hielt kritische Anstöße aus dem Parlament bei neuer Technik für nötig. *Foto: Schüler*

Großes Interesse an der Einführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs

Henkel-Verfahren: Verweis auf geringe Einflußmöglichkeiten des Ministeriums

Am 25. August 1991 war im sogenannten Henkel-Parteispendenverfahren die Verjährung eingetreten. Dies nahm die Fraktion DIE GRÜNEN zum Anlaß, den Justizminister zu bitten, im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde darüber zu berichten, wie es zu dieser Verjährung kommen konnte. In dieser Sitzung des Rechtsausschusses am 11. September unter Leitung von Friedrich Schreiber (SPD) berichtete Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) über den Ablauf des Verfahrens, das bereits im Jahre 1987 mit dem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls über eine Geldstrafe von 3,6 Millionen Mark begonnen hatte. Dem Einspruch gegen den Strafbefehl folgte eine Vertagung, so daß die Hauptverhandlung erst im Dezember 1988 stattfinden konnte. Es folgten Befangenheits- und Aussetzungsanträge, die Einarbeitung der Nachfolgerin der ursprünglich zuständigen Richterin, Einstellung und erneute Anklage (Dezember 1990), ein Wechsel in der richterlichen Zuständigkeit und die erneute Eröffnung des Hauptverfahrens am 16. August 1991.

Die Anwälte haben in diesem Verfahren, so Dr. Krumsiek, alle — durchaus zulässigen — Möglichkeiten genutzt, Verfahrens- oder Formfehler zu beanstanden. Der Justizminister habe lediglich auf eine bevorstehende Verjährung hinweisen und die Staatsanwaltschaft bitten können, die Ermittlungen voranzutreiben. Auf diese Hinweise habe sich sein Haus beschränken müssen, um nicht in den Verdacht zu geraten, in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen zu wollen. Dies betreffe im übrigen nicht nur dieses eine Strafverfahren, sondern gelte generell für alle übrigen auch. Krumsiek sagte die Überprüfung und Auswertung aller Vorgänge im Zusammenhang mit diesem Verfahren sowie die Vorlage eines schriftlichen Berichts an die Sprecher der Fraktionen zu. Zurückzuweisen sei jedoch in jedem Falle der in der Öffentlichkeit entstandene Eindruck, man habe „wieder einmal ein großes Tier laufen lassen".

In derselber Sitzung berichtete Justizminister Krumsiek zudem über die Hintergründe, weshalb kein Ausführungsgesetz zum Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) im Landtag eingebracht worden sei. Unter Berücksichtigung der Haushaltslage habe es vor der Sommerpause der Finanzminister für angemessen gehalten, diese Gesetzesinitiative auf fünf Jahre auszusetzen. Eine entsprechende Bundesratsinitiative sei allerdings erfolglos geblieben. Dies begrüßte Heinz Lanfermann (F.D.P.) und verband damit die Hoffnung auf baldiges Erscheinen eines entsprechenden Ausführungsgesetzes.

Ob sich der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) zu einer Reaktionsform auf Kriminalität entwikkeln läßt, beschäftigt nicht nur die Institutionen der Strafrechtspflege, sondern zunehmend auch Privatunternehmen, die hier ein neues Betätigungsfeld zu finden glauben. Daß diese Arbeit jedoch auf wissenschaftlichen Erkenntnisse basierend entsprechend organisiert und von qualifiziertem Personal verrichtet werden muß, um die gewünschten Ziele zu erreichen, wurde anschaulich von Dr. Jürgen Schreckling dargestellt, den der Rechtsausschuß als Sachverständigen eingeladen hatte, seine im Auftrage des Bundesministeriums der Justiz durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen und deren Ergebnisse zu erläutern.

Schon seine veröffentlichten Bestandsaufnahmen zur Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland deuten darauf hin, daß der Täter-Opfer-Ausgleich durch neutrale Stellen der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik durchaus geeignet erscheint, als neues Instrument der Strafrechtspflege allgemein eingeführt zu werden. Dr. Schreckling wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß TOA seit Inkrafttreten der Novelle zum Jugendgerichtsgesetz im Dezember 1990 im Bereich der Jugendstrafrechtspflege zu einer Regelaufgabe geworden ist.

Er berichtete über Methodik und Ergebnisse seiner Bestandsaufnahmen und nannte vorab als Ziele des Täter-Opfer-Ausgleichs:

- Wiedergutmachung der dem Opfer entstandenen materiellen wie immateriellen Schäden,
- Bereinigung von Konflikten, die zwischen Tätern und Geschädigten bestehen oder noch entstehen können,
- Verdeutlichung der verletzten Rechtsnorm und der hierdurch verursachten Tatfolgen gegenüber dem Straftäter und
- Vermeidung von Strafverfahren beziehungsweise strafmildernde Berücksichtigung des TOA.

Schreckling berichtete über Akzeptanz und Verbreitung dieser Maßnahme und darüber, daß 75 Prozent aller Befragten die Einführung des TOA begrüßen. Die höchste Beteiligung am schriftlichen Befragungsverfahren bescheinigte er mit 82 Prozent den befragten Staatsanwaltschaften. Als problematisch bezeichnete Schreckling den zu verzeichnenden Wachstumsboom im Reigen derjenigen, die TOA anbieten und hier mitarbeiten möchten, die fehlende konzeptionelle Vorbereitung bei vielen dieser Institutionen sowie die unzureichende Zahl qualifizierten Personals. Aktuell und gefährlich sei auch die teilweise — etwa in Großstädten der neuen Bundesländer — zu beobachtende wachsende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und Jugendbanden. Auf Frage von Roland Appel (DIE GRÜNEN) verwies er auf die Schwierigkeiten einer Einführung von TOA in das allgemeine Strafrecht. Die Aussage des Justizministers, die Landesregierung sehe sich derzeit aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, TOA flächendeckend einzuführen, sondern lediglich die Erprobungsmodelle zu unterstützen, nahm Roland Appel mit Bedauern zur Kenntnis, da — vermeidbare — Strafverfahren auch nicht kostenlos durchgeführt würden. Es müsse über eine Umschichtung innerhalb des Justizhaushaltes nachgedacht werden.

Marie-Luise Morawietz erkundigte sich nach den Folgen, wenn eine Maßnahme des TOA scheitere und dies entweder vom Straftäter nicht zu verantworten ist, oder aber wenn die Gründe für das Scheitern in der Person des Täters zu suchen sind. Heinz Paus, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erkundigte sich nach der notwendigen Personalausstattung der mit TOA befaßten Beratungsstellen sowie Erkenntnissen über präventive Wirkungen der TOA-Maßnahmen. Zur letzten Frage, so Dr. Schreckling, können hinsichtlich der zu berücksichtigenden Rückfallzeiträume frühestens in zwei Jahren gesicherte Erkenntnisse vorliegen. Zur Personalfrage führte er aus, daß ein Berater im Laufe eines Jahres zur Bearbeitung von rund 100 Fällen (200 Beteiligte) eingesetzt werden könne.

Zwei Säulen unter einem Dach

Zwei aktuelle Themen standen auf der vom Vorsitzenden Volkmar Schultz (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Städtebau am 4. September im Vordergrund: die Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) in die WestLB und die Einbringung eines Gesetzes über die Errichtung von Ingenieurkammern.

Wie Wohnungsbauministerin Ilse Brusis (SPD) zur WFA-Eingliederung erklärte, bleibe das WFA-Vermögen in vollem Umfang für die Wohnungspolitik erhalten. Das WFA-Vermögen hafte, so die Ministerin, nur subsidär für das Eigengeschäft der WestLB. Trotz rechtlicher Eingliederung in die WestLB sei die Eigenständigkeit der WFA in Organisation und Wirtschaftlichkeit gewährleistet. Alle 177 Mitarbeiter der Wohnungsbauförderungsanstalt würden dabei von der WestLB übernommen. Die Beratung des entsprechenden Gesetzes erfolgt in Kürze im Landtag.

Ministerin Brusis legte dann ihren Bericht über den Stand der Arbeiten am Gesetzentwurf über die Errichtung von Ingenieurkammern vor. „Zwei Säulen, ein Dach" — so umriß die Wohnungsbauministerin ihr Konzept. Die Architektenkammer sollte wie bisher so belassen werden und eine Ingenieurkammer neu gegründet werden. Zur Zusammenarbeit würden beide Kammern gesetzlich verpflichtet.

Mit dem Entwurf sei nach Angaben des Ministerialdirigenten im Ministerium für Bauen und Wohnen, Dr. Böckenförde, bis Ende dieses Monats zu rechnen. Der Landtag könne dann voraussichtlich im Frühjahr 1992 über den Entwurf entscheiden.

Dr. Norbert Walter-Borjans ist neuer stellvertretender Sprecher der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Der Volkswirt arbeitete zuletzt als Referatsleiter in der Planungsgruppe der Düsseldorfer Staatskanzlei in den Fachgebieten Beobachtung und Analyse des Strukturwandels und in der Finanzplanung. Er vertritt nun Regierungssprecher Dr. Wolfgang Lieb, der dieses Amt Anfang des Jahres übernommen hatte. Walter-Borjans studierte in Bonn, promovierte über regionale Strukturplanung, ist verheiratet und hat drei Kinder.

Minister sieht bei Großgeräten im ambulanten Bereich „ein Chaos" voraus

Millionenprogramm soll die Zukunft des Staatsbades auf Dauer sichern

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat sich Anfang September unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) in Bad Oeynhausen über die Lage des Staatsbades informiert und sich einen Überblick über die Entwicklungsvorhaben verschafft, mit denen dieser einzige Wirtschaftsbetrieb des Landes auch auf Dauer seine Rentabilität sichern will.

Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) räumte in seinem Bericht zur Situation des Staatsbades einen „Fehler" ein: Man habe seinerzeit die Gollwitzer-Meier-Kurklinik mit ihren 200 Planbetten zu klein gebaut, die Bettenzahl hätte man getrost verdoppeln können. Aber auch so trage der Betrieb dieser Klinik für Anschlußheilbehandlungen und Rehabilitation als ergänzende Einrichtung zum Oeynhauser Herzzentrum mit über einer Million Mark dazu bei, die Ertragskraft des Staatsbades erheblich zu stärken.

Beeindruckend und den europäischen Rang des Herzzentrums unterstreichend nannte Ausschußvorsitzender Champignon die Zahlen, die der Minister zum Herzzentrum anführte: Im vergangenen Jahr habe es über 2500 Operationen am offenen Herzen gegeben, über 100 Herzen seien verpflanzt worden. Beide Zahlen würden in diesem Jahr mit Sicherheit überschritten, kündigte der Minister an und unterstrich den Wert des Kooperationsvertrags mit der Universität Bochum, der die Kliniken in den Universitätsrang erhebe und für beide Seiten ein „kolossaler Gewinn" sei.

Die rundum positive Entwicklung von Herzzentrum und Gollwitzer-Meier-Klinik (beides Einrichtungen, die wesentlich dazu beigetragen hätten, das Staatsbad in der Öffentlichkeit bekannter und attraktiver werden zu lassen) könnten jedoch nicht vergessen machen, daß sich die wirtschaftliche Grundlage des Staatsbetriebs noch nicht gefestigt habe. Zwar gehe es mit der Zahl der Kurgäste nach den Einbrüchen im Zusammenhang mit dem Gesundheitsreformgesetz des Bundes aufwärts, aber trotz dieses Umstandes lasse sich erkennen, daß die Ertragslage des Staatsbades nicht wesentlich verbessert worden sei. Gründe seien zum einen der Verzicht auf Vorsorgekuren, die Intervalländerung von zwei auf drei Jahren bei Wiederholungskuren zum anderen. Nachdem 1989 Verluste von rund 1,4 Millionen Mark erwirtschaftet worden waren, habe das Wirtschaftsjahr 1990 mit einem Gewinn von knapp 100000 Mark abgeschlossen. Der Minister: „Es bleibt danach festzustellen, daß mit der derzeitigen Angebotsstruktur das Staatsbad Oeynhausen auf Dauer keine gefestigte wirtschaftliche Grundlage finden wird." Dazu sei es erforderlich, sich an die geänderten Marktverhältnisse anzupassen.

Das soll in Bad Oeynhausen mit einem ganzen Bündel von Investitionsprojekten geschehen. In Verbindung mit dem architektonisch reizvollen und wie 13 andere Gebäude unter Denkmalschutz stehenden Badehaus II soll eine weitere Kurklinik entstehen, die der Behandlung des orthodisch-neurologischen Formenkreis dient und 200 Betten umfassen soll. Man verspricht sich von dieser Einrichtung eine bessere Nutzung des Badehauses II, dessen modernes Therapieangebot gegenwärtig nur zur Hälfte ausgelastet sei. Für dieses Klinikprojekt werden die Kosten nach derzeitigem Stand auf etwa 50 Millionen Mark veranschlagt.

Eine als nachteilig empfundene Unterversorgung des Staatsbades mit Hotelbetten der gehobenen Kategorie soll mit dem Projekt eines Hotelneubaus im Bereich des Kurhauses beendet werden. Es soll 150 Betten aufweisen, aber nicht in der Trägerschaft des Staatsbades geführt werden.

Als letzte und wesentliche Maßnahme nannte der Minister den Ausbau der Wittekind-Therme, für den 15 Millionen Mark anzusetzen seien. Die damit verbundene gesteigerte Attraktivität der 1970 gebauten und inzwischen in die Jahre gekommenen Therme soll die Zahl der täglichen Besucher von derzeit 2000 um 500 anheben. Mit Blick auf die gewandelten Ansprüche der Besucher stellte Oeynhausens Kurdirektor Wolfgang Schmidt fest: „Die Besucher und Patienten wollen keine weißen Kacheln um sich herum; sie wollen auch Spaß haben." Mit zusätzlichen Wasserflächen, Schwebebecken und Kneippschen Anwendungen solle jeder gesundheitsbewußte Bürger die Möglichkeit finden, sein individuelles Gesundheitsprogramm zu finden. Zusammen mit einigen kleineren Maßnahmen bezifferte Gesundheitsminister Heinemann das Investitionsvolumen der nächsten Jahre auf rund 80 Millionen Mark.

Eine lebhafte Debatte schloß sich auf einen weiteren Punkt der Tagesordnung an, die der Ausschuß bei seiner Sitzung in Bad Oeynhausen abarbeitete. Auslöser war der Bericht des Ministers über den Stand der Großgeräteplanung und -förderung in NRW. Hier ist nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom Oktober vergangenen Jahres die Entwicklung eingetreten, daß im ambulanten Bereich auch ohne die bislang vorgeschriebene Zustimmung des Großgeräteausschusses Computertomographen, Kernspintomographen, Linksherzkatheder-Meßplätze und ähnliches angeschafft werden können. Denn das Gericht hat in dem Zustimmungsverfahren einen Eingriff in die Freiheit der Berufsausbildung gesehen, der ohne eine ausreichende gesetzliche Ermächtigung erfolge. Die Kassen seien gehalten, die an diesen Geräten erbrachten und von den Ärzten in Rechnung gestellten Leistungen abzurechnen. Der Minister bezifferte die nicht anerkannten, in Betrieb befindlichen Großgeräte — es handelt sich dabei im wesentlichen um Computertomographen — im ambulanten Bereich auf 28 und im stationären Bereich auf 21 Geräte; mit einer Dunkelziffer sei aber zu rechnen. Wenn sich der Bundesgesetzgeber hier nicht bald bewege — und er habe daran angesichts der Ärztelobby Zweifel, daß dies kurzfristig möglich sei —, dann sagte der Minister auf diesem Gebiet ein „Chaos" voraus.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sagte, man müsse ein „hemmungsloses Geräteaufrüsten auf allen Fronten" tunlichst vermeiden. Vielleicht wäre es ein Mittel, die Abrechnungshöhe von Geräteleistungen zu senken, denn wichtiger als die Gerätemedizin sei ja die ärztliche Zuwendung zum Patienten. Wolfram Kuschke (SPD) warnte vor einer „Schieflage", die dann drohe, wenn der Eindruck entstünde, die niedergelassenen Ärzte dürften alles, während die Krankenhäuser bei den Großgeräten am goldenen Zügel blieben. Den gegenwärtigen Zustand hielt auch Heinz Lanfermann (F.D.P.) für nicht länger tragbar, er warnte aber vor zu engen zeitlichen Erwartungen: In dieser Frage, das zeige das Urteil des Bundessozialgerichts, seien schwierige rechtliche Abwägungen für eine gesetzliche Regelung vorzunehmen.

Aufstellung für ein Foto der Bad Oeynhauser Lokalpresse (v.l.): Günter Meyer zur Heide, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen, Ausschußvorsitzender Bodo Champignon, Gesundheitsminister Hermann Heinemann und Heinrich Dreyer vor dem Panorama des Kurparks.

Christa Cloppenburg wurde neue Leiterin des Hörfunks im WDR-Landesstudio Düsseldorf. Seit Anfang August ist sie außerdem zweite Stellvertreterin des Chefs des Landesstudios, **Marcel Gärtner.** Frau Cloppenburg begann ihre journalistische Laufbahn bei der Rheinischen Post.

Der Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Landtags, Friedhelm Geraedts, hat am 12. September seinen 50. Geburtstag gefeiert. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe gratulierte ihm auch im Namen des Hohen Hauses und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (siehe auch Seite 20). *Foto: Schüler*

Erneut Streit um Kieselrot-Plätze

Auf der 14. Sitzung des Sportausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Hans Rohe (SPD) am 9. September sorgte die Auseinandersetzung um die von dioxinbelasteter Kupferschlacke gesperrten Sportanlagen für Zündstoff. Grundlage war der Sachstandsbericht des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft durch Staatssekretär Dr. Hans-Jürgen Baedeker.

Baedeker informierte über den Stand der Untersuchungen. Danach seien von den insgesamt 1 077 Flächen, mit den Schwerpunkten in Ostwestfalen und im Münsterland, 438 unbedenklich. Bei 224 Flächen wurde ein überhöhter Dioxingehalt, ab 1 000 Nanogramm, ausgemacht. Nachuntersuchungen laufen noch bei 103 Flächen, 312 sind in Bearbeitung. Ein detaillierter Bericht mit der Liste aller Plätze werde, so der Staatssekretär, dem Landtag vorgelegt. Die Bearbeitung der restlichen Proben werde bis Oktober abgeschlossen sein. Der Staatssekretär stellte vor dem Ausschuß klar, daß er die langfristige Entsorgung sowie die Sicherung des Kieselrotmaterials als Notwendigkeit ansehe, um weitere Verteilungen in die Umwelt zu unterbinden.

Michael Ruppert (F.D.P.) zog den Schluß, daß eine Entsorgung bei der Masse der Sportplätze überhaupt nicht möglich sei. Vielmehr sollte verantwortbares Denken bei der Risikoabwägung gezeigt werden. Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) stimmte der Auffassung des Staatssekretärs zu, die Sanierung sei Aufgabe der Bundesregierung und nicht der Kommunen. Hinsichtlich der Haftungsfrage bei Gesundheitsschädigung und der Bioverfügbarkeit des Kieselrots verlangte Vesper eine Klärung.

Baedeker meinte daraufhin, daß bei der Frage der Haftung ein Nachweis der Kausalität gegeben sein sollte. Dr. Weber vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergänzte, daß von einer Gesundheitsgefahr für Sportler nicht gesprochen werden könne. Nach Angaben von Wissenschaftlern sei nur ein minimaler Eintrag möglich.

Unverantwortlich nannte Vesper die Wertung über die Untersuchung von 56 Personen bei der Marsberger Studie, besonders im Hinblick auf andere wissenschaftliche Untersuchungen. Eine Abschätzung sei seiner Ansicht nach durch eine Folgeuntersuchung angebracht. Dr. Weber versicherte, die als Grundlage dienende Studie sei realitätsbezogen. Die Darstellung des Dioxin-Problems durch Dr. Vesper entspreche nicht der Wirklichkeit. Die Bioverfügbarkeit bei Kieselrot sei offensichtlich gering. Dr. Weber meinte, daß bei Zunahme der Befragung der betroffenen Personen eine geringe Bioverfügbarkeit festzustellen wäre. Ein Weitermachen wäre demnach kontraproduktiv.

Michael Ruppert (F.D.P.) stellte fest, daß eine richtige Risikoabschätzung durchaus getroffen werden müßte. An der wissenschaftlichen Korrektheit der Untersuchungen habe er, so Ruppert, keinen Zweifel. Edgar Moron (SPD) fragte darauf, wie und wann die Materialien trotz geringer Gefährdung weggeschafft würden. Besonders die Sicherung bei der Entsorgung stelle ein Problem dar.

Dr. Vesper unterbreitete daraufhin den Vorschlag, als Sanierungsmaßnahme die Abdichtung der Sportplätze mit Kunstrasen vorzunehmen.

Staatssekretär Baedeker stellte Entsorgungsmöglichkeiten in drei oder vier Jahren in Aussicht. In der Abdeckung durch Kunstrasen sehe er eine kostspielige Angelegenheit. Sportausschußvorsitzender Hans Rohe (SPD) sagte zum Schluß, er fordere eine Vorlage der Entsorgungsmaßnahmen.

Weiterer Beratungsschwerpunkt war unter anderem Sport und Immissionsschutz. Dazu erklärte Baedeker, daß beim Inkrafttreten der Sportanlagenlärmschutzordnung am 18. Oktober 1991 verbindliche Vorgaben für den Bereich des öffentlich-rechtlichen Nachbarschutzes vorliegen. Durch den Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen solle der Gesetzesantrag, so der Staatssekretär weiter, in Richtung Harmonisierung von öffentlich-rechtlichen und zivilrechtlichem Nachbarschutz abgeändert werden.

Funktion der Landesbibliothek ist gefährdet

In seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause setzte sich der Kulturausschuß am 11. September unter Vorsitz von Hildegard Matthäus (CDU) mit der Qualifikationsproblematik bei Restaurationstechnikern und der konzeptionellen Neuordnung der Landesbibliotheksaufgaben auseinander. Schwerpunkte waren dabei die Ausbildung von Restaurationstechnikern an Fachschulen sowie die Koordinierung von Landesbibliotheksaufgaben.

Ministerialrat Tiedemann vom Kultusministerium wies bei der Bewertung der Qualifikationsmöglichkeiten im Berufsfeld Restaurierung darauf hin, daß die Ausbildung zum Restaurationstechniker erheblich problematischer geworden ist. Dies zeige sich gerade in den Bereichen Schulbetrieb, Unterhaltsförderung der Fachschüler und der Akzeptanz des vermittelten Abschlusses. Schwerwiegende Konsequenzen habe dies, so der Sprecher des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Hans-Jürgen von Osterhausen, für die rund 240 rheinischen Museen. Inzwischen sei für alle Fachbereiche ein Arbeitsstau von zwei bis drei Jahren entstanden. Klagen über fehlende Beratung und Hilfeleistung würden lauter.

Einen identischen Schwund dieses Berufsfeld betreffend konstatierte Dr. Kniriem, Leiter des westfälischen Museumsamtes. So sei der zweite Ausbildungsgang des Restaurationstechnikers schon ausgesetzt worden. Zu einem erneuten Versuch bleibe „nur" ein Jahr Zeit.

Während der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, keine klare Vermittlung des Berufsfeldes erkannte, war Wolfram Dorn (F.D.P.) „erschüttert" über den vorgelegten Bericht der beiden Landschaftsverbände. Kritik äußerten auch Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) und Manfred Böcker (SPD). Brigitte Schumann sprach angesichts der hohen Abbrecherquote bei den Ausbildungsgängen von einem betrüblichen Phänomen. Manfred Böcker sah im Restaurationstechniker nur eine „Hilfskrücke". Ministerialrat Tiedemann kündigte an, ein Gremium zu berufen, um über weitere Strukturen zu beraten.

Einen weiteren Schwerpunkt bei der Beratung bildete die konzeptionelle Neuordnung der Landesbibliotheksaufgaben. Die Belastung der Universitätsbibliotheken und des Hochschulbibliothekszentrums Köln hat den Angaben des Kultusministers zufolge derart zugenommen, daß zusätzliche Aufgaben wie die einer Landesbibliothek mittlerweile nicht mehr wahrgenommen werden können. Weitere Gründe für eine Neuordnung seien auch die Entwicklung moderner Informationssysteme und die Bewahrung von Kulturgut. An die Neugründung einer Landesbibliothek sei im Hinblick auf die derzeitige Haushaltssituation nicht zu denken. Statt dessen werde eine kooperative Wahrnehmung der vielfältigen Landesbibliotheksaufgaben durch die fachlich kompetenten Institute bevorzugt. jeK

Innere Verwaltung

Studie belegt soziale Aufwertung der Tätigkeit der Schutzpolizei

Einmütig begrüßten die Sprecher/in im Ausschuß für Innere Verwaltung den Abschlußbericht „Funktionsbewertung der Schutzpolizei", eine Studie, die im Auftrag des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen durch die Kienbaum-Unternehmensberatung GmbH erstellt und dem Ausschuß vor der Sommerpause vorgelegt worden war. Ein Mitarbeiter dieser Unternehmensberatungs-Firma stand dem Ausschuß für zusätzliche Erläuterungen und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Zu den Konsequenzen und Umsetzungsanforderungen der Studie gehören unter anderem,

- daß mit Ausnahme einzelner Innendienstfunktionen alle schutzpolizeilichen Funktionen dem gehobenen Dienst zuzuordnen sind, die Konsequenz der Funktionsbewertung somit eine zweigeteilte Laufbahn sein könnte,
- daß demgemäß Veränderungen in der Ausbildung notwendig seien,
- daß Organisation und Unternehmenskultur weiterentwickelt werden müssen (hierzu gehört neben der Neuorganisation die Weiterentwicklung von Führung und Motivation) und
- daß dies besoldungsrechtliche Konsequenzen haben könnte mit entsprechenden Auswirkungen auf den Landeshaushalt.

Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der Fraktion der SPD, machte darauf aufmerksam, daß NRW das einzige Bundesland sei, welches mit dieser Studie auf wissenschaftlicher Grundlage nun darauf hinweisen könne, daß die Tätigkeit der Schutzpolizei damit die längst fällige soziale Aufwertung erfahren habe. Die Ergebnisse der Untersuchungen seien nicht überraschend. Nun müsse untersucht werden, in welchen Zeiträumen und in welcher Weise Konsequenzen aus dem Gutachten gezogen werden. Er schlug vor, sich in einer weiteren Sitzung oder in einer Arbeitsgruppe mit den Fragen der Auswirkungen des Gutachtens auf Ausbildung und Organisation sowie der Führung zu befassen und zu überlegen, ob die zweigeteilte Laufbahn für die Schutzpolizei der richtige Lösungsweg sei, oder im mittleren Dienst Verzahnungsämter mit adäquater Besoldung eingerichtet werden sollten, eine Sonderlaufbahn „P" zu fordern sei oder der Bundesgesetzgeber zu einer Zulagenregelung ermuntert werden sollte.

Die Sprecher der übrigen Fraktionen schlossen sich im wesentlichen diesem Vorschlag an. Heinz Paus (CDU) erwartet die Umsetzung der Studie in einem überschaubaren Zeitraum. Er teile die Auffassung, daß dies nur im Gesamtzusammenhang mit der Lösung organisatorischer Fragen sowie der Probleme des Einsatzes technischer Kommunikationsmittel und der zukünftigen Ausbildung geschehen kann. Da es hier um die Gestaltung und Besoldung der Polizeiarbeit für viele kommende Jahre gehe, sei auch eine Anhörung zu bedenken. Diese Fragen stünden im Zusammenhang mit der ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Beratung des CDU-Antrages „Konzeption zur Neuordnung der Ausbildung bei der Polizei" sowie des Antrags der Fraktion der F.D.P. „Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren — Sofortige Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei". Er regte an, die Gesamtthematik zusammenzufassen und nach entsprechenden Vorgesprächen in der Fraktion sowie der Sprecher untereinander die Erörterungen wieder aufzugreifen.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) stimmte zu und erinnerte bei dieser Gelegenheit an frühere Angebote ihrer Fraktion, in diesen Fragen im Interesse der Polizeibediensteten zu einem möglichst breiten Konsens zu kommen. Auch der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, Roland Appel, schloß sich dem an. Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (SPD) würdigte die Kompromißbereitschaft der Fraktionen und gab ihnen auf, nach Abschluß der Vorgespräche, die weitere Behandlung der Gesamtthematik im Ausschuß zu beantragen.

Eine Gruppe junger Israelis aus Tirat Carmel hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Mitte) einen Besuch im Landesparlament abgestattet. Tirat Carmel in Israel ist Partnerstadt von Monheim, der Heimatstadt der Präsidentin. *Foto: Schüler*

Kommission Verfassungsreform

Heinrich A. Große-Sender, Direktor beim Landtag, berichtete zum Thema „Beteiligung des Landtags an der Arbeit des Verfassungsrates zur Verfassungsreform" über das Ergebnis der 68. Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten, wonach die Länderparlamente eine Kommission „Verfassungsreform" bilden, die mit der Reformkommission des Bundesrates zusammenarbeiten wird. Da die Kommission des Bundestages keine externen Beteiligungen vorsieht, verzichtet auch der Unterausschuß des Bundesrates darauf, sich beispielsweise gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen. Große-Sender berichtete, daß noch für diesen Monat ein weiteres Treffen der Präsidentinnen und Präsidenten vereinbart ist, auf dem die weiteren Modalitäten zur Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission der Landesparlamente erörtert werden sollen.

Roland Appel meinte, es könne nützlich sein, im Interesse der Ernsthaftigkeit des parlamentarischen Anliegens, die Präsidentin bei ihrer Vorgehensweise zu unterstützen. Es sei sicherzustellen, daß der Landtag NRW in jedem Stadium des Beratungsverfahrens den gleichen Informations- und Kenntnisstand habe wie auch die übrigen Landesparlamente. Im übrigen sollten zwischen den Fraktionen Absprachen zu dem der Beratung zugrundeliegenden Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit dem Ziel getroffen werden, die Besonderheiten des föderativen Charakters der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam zu verdeutlichen. In der Tendenz erklärte sich Stefan Frechen damit einverstanden. Auch nach seiner Meinung wäre der föderative Charakter bei den Erörterungen zur Verfassungsreform stärker zu berücksichtigen.

Heinz Paus gab zu bedenken, ob nicht aus den betroffenen Fachausschüssen (z. B. Hauptausschuß, Ausschuß für Innere Verwaltung, Rechtsausschuß) eine Arbeitsgruppe zur parlamentarischen Begleitung der Diskussion um ein neues Grundgesetz zu bilden sei. In den Fraktionen soll die Thematik ausführlich vorberaten und sodann im Ausschuß erneut diskutiert werden.

Übereinstimmend für erledigt erklärt wurde in gleicher Sitzung ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit dem Ziel des sofortigen Abschiebestopps für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien. Dieser Antrag, der zu Beginn des Golfkrieges eingebracht wurde, ist nach übereinstimmender Auffassung der Fraktionen durch Zeitablauf erledigt.

Heftige Kontroverse...

Fortsetzung von Seite 3

Norbert Giltjes (CDU) unterstrich den Bedarf an gründlicher Sanierung der ideologisch aufgeblähten Schule im Lande. Aber vielleicht sollte das marode Haus „verkauft" und ein neuer Besitzer hineingesetzt werden. Die CDU hätte da ein paar Vorschläge — „aber die wollen Sie sowieso nicht wissen".

Herbert Heidtmann (SPD) hielt der CDU vor, sie sei nicht mehr in der Lage, über die Probleme im Schulbereich sachlich und in der gebotenen Objektivität zu reden. Die SPD werde dafür sorgen, daß bei allen notwendigen Korrekturen das Bildungswesen keinen Schaden nehme.

SPD-Fraktion

Baugewerbe will Wortbruch des Bundes nicht hinnehmen

Der Beschluß der Bundesregierung, das ursprünglich auf zehn Jahre bis 1998 angelegte Strukturhilfegesetz des Bundes schon 1991 zu beenden, ist wirtschaftspolitisch verheerend und konjunkturell nicht verkraftbar. Diese Auffassung vertreten übereinstimmend das Bauhauptgewerbe in Nordrhein-Westfalen und der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion. Ein Wortbruch der Bundesregierung könne nicht hingenommen werden, erklärten Hubert Schlun, Vorsitzender des Bauhauptgewerbes Nordrhein, Walter Derwald, Vorsitzender für den Bereich Westfalen, und SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann in der gemeinsamen Arbeitssitzung der Verbände und des Fraktionsvorstandes.

Die Beendigung des Strukturhilfeprogramms führt in den alten Ländern und Gemeinden zu einem jährlichen Einnahmeausfall in Höhe von 2,45 Milliarden Mark. Allein für Nordrhein-Westfalen hat dies ab 1992 Mindereinnahmen von 756 Millionen Mark pro Jahr zur Folge; für den gesamten Planungszeitraum bis 1998 fehlen dann mehr als fünf Milliarden Mark. Nordrhein-Westfalen hat die Strukturhilfemittel bisher überwiegend an die Gemeinden weitergeleitet. Ein Ausbleiben dieser Investitionsmittel wird sich unmittelbar auf die Konjunktur und die Arbeitsplätze auswirken. Für das nordrhein-westfälische Bauhauptgewerbe und die SPD-Fraktion im Landtag ist unbestritten, daß den neuen Ländern und ihren Gemeinden umfassend zur Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen im geeinten Deutschland geholfen werden muß. Das dürfe aber nicht dazu führen, daß fortbestehende Strukturprobleme in den alten Bundesländern vernachlässigt werden. Vor allem die Gemeinden seien auf die Auslauffinanzierung begonnener und baureifer Maßnahmen durch den Bund dringend angewiesen. Die vom Bund für 1991 in Aussicht gestellte „Überbrückungshilfe" für längerfristige, bereits angemeldete Vorhaben in Höhe von 600 Millionen Mark (NRW-Anteil: 185 Millionen Mark) sei vollkommen unzureichend.

CDU-Fraktion

Bankrotterklärung für SPD-Schulpolitik

Die bislang bekanntgewordenen Ergebnisse der Kienbaum-Untersuchung über die Schulorganisation in NRW bestätigen nach Überzeugung der schulpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Beatrix Philipp „die Unfähigkeit von SPD-Kultusminister Schwier, die Weichen für die Zukunft unserer Kinder richtig zu stellen. Die Vorwürfe der CDU, seit Jahren immer wieder erhoben, werden durch das von einem unabhängigen Unternehmen erstellte Gutachten auf erschreckende Weise bestätigt." Daß „bei Erfüllung aller in NRW rechtlich festgelegten Anforderungen" (Kienbaum) rund 17 000 Lehrer fehlten, sei allen im Land bekannt gewesen. „Nur Minister Schwier wollte wohl als einziger von alledem nichts wissen und hat solche Forderungen immer wieder beschwichtigend als Oppositionsgerede abgetan", kritisierte Frau Philipp in einer ersten Stellungnahme. „Doch nun präsentiert ihm das Kienbaum-Gutachten die Rechnung, die für ihn verheerender ausfällt, als er es erwartet hatte."

Bestätigt habe sich z. B., so Frau Philipp, die Kritik der CDU an der Kollegschule. Hier werde sich zeigen, wie ernst die Landesregierung Rau die Analyse des 2,4-Millionen-Mark teuren Kienbaum-Gutachtens nehme. Schon jetzt stimme die CDU dem Papier zu, daß nämlich ohne „Grundsanierung mit erheblichen Einschnitten" (Kienbaum) die Funktionsfähigkeit des NRW-Schulsystems nicht wieder hergestellt werden könne. Frau Philipp: „Dieses Ergebnis von 25 Jahren SPD-Regierungsverantwortung im Land kommt einer Bankrotterklärung gleich, die personelle Konsequenzen haben muß."

*) **Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.**

F.D.P.-Fraktion

F.D.P. fordert Untersuchungsausschuß

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat nach einer ersten Bewertung des Gutachtens der Unternehmensberatung Kienbaum zur Organisation im Schulbereich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert, der das Organisationsversagen der Landesregierung untersuchen soll. Nur so kann eine adäquate Aufbereitung der geforderten Grundsanierung unseres Schulsystems gewährleistet und die Ausübung der Kontrollrechte der parlamentarischen Opposition sichergestellt werden.

Das Gutachten kommt einer Bankrotterklärung sozialdemokratischer Bildungspolitik gleich. Es stellt nicht nur gravierende Mängel fest, sondern fordert kategorisch eine Grundsanierung des Schulsystems mit tiefen Einschnitten in Schulorganisation und Personalbewirtschaftung. Belegt ist, daß der Unterrichtsausfall an unseren Schulen geradezu zwangsläufig produziert, Schulen zu teuer geführt, Lehrer nicht bedarfsgerecht ermittelt und eingestellt wurden.

Das Gutachten belegt: Die SPD hat jahrelang in einer Scheinwelt gelebt und Potemkinsche Dörfer errichtet. Für diesen Selbst- und Fremdbetrug nimmt die F.D.P. den Ministerpräsidenten selbst in Haftung. Diese Entwicklung hat nicht nur Kultusminister Schwier, sondern gerade auch der Ministerpräsident zu verantworten. Über die fachpolitische Beurteilung hinaus ist das Kienbaum-Gutachten von erheblicher Dimension nicht nur im allgemeinpolitischen, sondern gerade auch im politisch-moralischen Bereich. Deshalb fordert die F.D.P., nach Kenntnisnahme des Gutachtens nicht schnell zur Tagesordnung überzugehen und kleine Systemkorrekturen vorzunehmen, sondern auch das politisch-moralische Fehlverhalten des Ministerpräsidenten und der von ihm geführten Landesregierung zum Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung zu machen.

Das Gutachten gibt Anlaß über die Verfassungswirklichkeit in Nordrhein-Westfalen nachzudenken, insbesondere über die Rechte der Opposition, die Einhaltung der Gewaltenteilung und die Abgrenzung der Aufgabenerfüllung der Ressorts durch die Regierung und nicht durch politische Parteien.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Frauenförderung im Einklang mit Grundgesetz und EG-Recht

Sowohl das Frauenförderungsgesetz NRW wie das Berliner Landes-Anti-Diskriminierungsgesetz sind nach Meinung der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen, Marianne Hürten, „voll mit dem Grundgesetz zu vereinbaren. Ich erwarte, daß das Bundesverfassungsgericht einsieht, daß der Verfassungsanspruch — Gleichberechtigung von Frauen — nur mit effektiven Gesetzen in Verfassungswirklichkeit umgesetzt werden kann."

Mariannen Hürten: „Die beiden Gesetze befinden sich auch in bester Gesellschaft mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaft. Die 15 Jahre alte Gleichbehandlungs-Richtlinie der EG erklärt gezielte Frauenförderung ausdrücklich für zulässig. Und EG-Recht bricht bekanntlich bundesrepublikanisches Recht. Frauen sind in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik nicht gleichberechtigt. Frauen sind gut im Beruf, Mädchen haben bessere Schulnoten als Jungen, und weibliche Lehrlinge schneiden durchschnittlich besser ab als männliche. Trotzdem kommen Frauen beruflich kaum weiter. Das hat System. Männer schieben sich gegenseitig die besten Posten zu. Deshalb müssen Gesetze zulässig sein, die die Gleichberechtigung vorantreiben wollen."

Um Rechtsunsicherheiten für die Zukunft auszuschließen, muß in einer neuen Verfassung eine klarere Formulierung des Gleichberechtigungsgedankens gefunden werden: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Keine Frau darf wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Der Staat sorgt für Quotierung, Förderpläne oder andere geeignete Maßnahmen dafür, daß Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu gleichen Teilen vertreten sind." Die Grünen engagieren sich über Parteigrenzen hinweg dafür, daß diese Punkte Eingang in die neue Verfassung finden und das Bundesverfassungsgericht sich nicht mehr über Frauenrechte hinwegsetzen kann.

Einen Entwurf für ein nordrhein-westfälisches Landes-Anti-Diskriminierungsgesetz haben die Grünen am 17. September beraten. Am 28. Oktober findet zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung im Landtag statt.

Petitionsbericht

Zusammenballung auf engem Raum

Der immer größer werdende Zwang von Kommunen, Asylbewerber unterzubringen, kann zu schweren Wohnumfeldbelastungen führen, wie im Falle der Bürger von S., einem Ortsteil der Kleinstadt G.
Der Rat der Stadt hatte entschieden, im Ortsteil S. eine Unterkunft für rund 100 Asylbewerber zu schaffen. Diese sollten in drei Doppelcontainern untergebracht werden. Ausgewählt wurde hierfür ein 1 800 qm großes städtisches Grundstück in einem ruhigen Wohngebiet.
Dagegen hat sich eine Gruppe von Bürgern gewandt. Ihnen ging es nicht darum, die fremden Gesichter von der eigenen Haustüre fernzuhalten. Sie hatten auch nichts dagegen, daß diese Menschen in ihrem Ortsteil eine vorübergehende Bleibe finden sollten. Sie wehrten sich lediglich gegen die Zusammenballung so vieler Menschen auf so engem Raum.
In der Tat wären auf diesem Grundstück mehr Menschen untergebracht worden als auf der gleichen Fläche einer Wohnblockbebauung mitten in der Großstadt. Hinzu kam die aufsteigende Hanglage des Grundstücks, so daß die Container auch optisch das ganze Wohnumfeld erdrückt hätten.
Betroffen waren die Bürger vor allem, weil sie glaubten, der Rat der Stadt habe bei der Standortwahl für das Übergangsheim ihre Belange zu wenig ernst genommen. Auf einem für den kleinen Ortsteil viel zu großen Sportgelände sei noch genug Platz für das Übergangsheim — selbst wenn man dort noch eine Dreifach-Sporthalle errichten wolle.
Der Petitionsausschuß hat sich in einem Ortstermin von den Belastungen überzeugt, die auf die Bürger zugekommen wären. Er hat den Rat der Stadt G. gebeten, unter Berücksichtigung auch der Belange der Petenten noch einmal zu überlegen, ob nicht ein anderer Standort, z. B. am Sportplatz, in Betracht käme.

* * *

Marcel Reich-Ranicki, Literaturkritiker, übernimmt zum Wintersemester für ein Jahr die erstmals vergebene Heinrich-Heine-Gastprofessur an der Universität Düsseldorf.

LANDTAG INTERN
Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern": Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Gerhard Wächter (CDU)

Herkunft, Beruf und Umgebung haben Gerhard Wächter mit dem ländlichen Raum fest verwurzelt. So sieht sich der CDU-Abgeordnete aus Wünnenberg-Helmern auch als Anwalt dessen Bewohner. Der heute 45jährige fordert für sie gleichwertige Lebensbedingungen — wirtschaftlich, sozial und kulturell — ein, wie in den städtisch geprägten Regionen.
Im Kreis Paderborn geboren, besuchte Gerhard Wächter nach der Volksschule das Gymnasium; nach zweijährigem Bundeswehrdienst studierte er Volks- und Betriebswirtschaft an der Universität Münster. Während der Semesterferien halfen ihm In- und Auslandspraktika in Unternehmen und Behörden, sein Studium mitzufinanzieren. Anschließend wurde der Diplom-Volkswirt als Dozent für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an die Katholische Landvolkshochschule „Anton Heinen" in Hardehausen berufen. Ländliche Entwicklungspolitik war dabei sein Schwerpunkt. Auch heute noch als Landtagsabgeordneter lehrt er in zeitlich begrenztem Umfang an dieser Schule; nicht zuletzt deshalb, um selbst „vor Ort" praxisnahe Erfahrungen für seine Mandatstätigkeit zu sammeln.
Der langjährige Diözesanreferent der Katholischen Landvolkbewegung im Erzbistum Paderborn trat 1971 der CDU bei und ist seitdem in mehreren Führungsämtern auf Orts- und Kreisebene tätig. Die parlamentarischen „Lehrjahre" absolvierte der Ostwestfale im Wünnenberger Stadtrat und Paderborner Kreistag. Als Nachfolger seines Parteifreundes Toni Schröder nominierten ihn die Delegierten einmütig 1990 zum CDU-Kandidaten für den Wahlkreis 117, Paderborn I, wo er im letzten Frühjahr mit einem deutlichen Wählervotum von 57,1 Prozent erstmals in den Düsseldorfer Landtag einzog. Die Fraktion berief ihren „Neuling" in den Verkehrs- und den Umweltausschuß.
Der CDU-Abgeordnete sieht in einer bedarfs- und umweltgerechten Verkehrspolitik einen der Grundsteine für ein zukunftsorientiertes Nordrhein-Westfalen. Das Land im Schnittpunkt Europas müsse seine Chancen und Standortvorteile nutzen, die ihm die politische Öffnung des Ostens sowie der bevorstehende EG-Binnenmarkt bieten. Das gelte für alle Verkehrsträger. In einem neuen Verkehrskonzept sollte nach seiner Ansicht der öffentliche Nahverkehr mit seinen erwarteten starken Zuwachsraten ein Schwerpunkt sein. Ebenso entschieden lehnt der Christdemokrat allerdings eine „Verteufelung" des Autos ab.
In der Umweltpolitik ist für Gerhard Wächter der Müll das gegenwärtig größte Problem. Die „Müll-Lawine" von jährlich 73 Millionen Tonnen müsse gestoppt werden. Dabei habe die Vermeidung von Abfällen in allen Bereichen die höchste Priorität. Und der unvermeidbare Restmüll müsse so entsorgt werden, daß alle denkbaren Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Natur auszuschließen seien. Weiter müsse die Recyclingquote weiter erhöht werden. Dazu zähle auch eine Optimierung der Abfallsortierung. Der CDU-Abgeordnete möchte Unternehmer wie Verbraucher stärker in die Pflicht nehmen. Die einen sollten im eigenen Interesse energiesparend produzieren, die anderen umweltbewußter kaufen. Angesichts des inzwischen hohen Standards der Umwelttechnologie zählt für Wächter zu einer umweltverträglichen Entsorgung auch die Müllverbrennung.
Wenn Mandat und berufliche Tätigkeit es zulassen, widmet sich der heimatverbundene Ostwestfale den Vereinen. Nach der Kommunalreform 1975 hätten sie den drohenden Identitätsverlust der Dörfer aufgefangen und bildeten heute das Rückgrat der Ortsteile. Seine Vorliebe gilt dabei dem „runden Leder". Noch bis vor einem Jahr spielte der Abgeordnete als Rechtsaußen in der Altherren-Mannschaft des VfJ Helmern, jetzt zählt er zu den Stützen des FC Landtag. Dem Vater von zwei Kindern fiel im übrigen der Einstieg in das Landesparlament nach eigenem Bekunden „relativ leicht". Dafür nennt er das gute Fraktionsklima; aber auch Aufgeschlossenheit und Kontaktfreude des Paderborners mögen dazu beigetragen haben. Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche" ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 29. September bis 8. Oktober 1991

26. 9. **Winfried Schittges** (CDU), 45 J.
27. 9. **Manfred Braun** (SPD), 63 J.
28. 9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 47 J.
1. 10. **Reinhard Wilmbusse** (SPD), 59 J.
4. 10. **Birgit Fischer** (SPD), 38 J.
4. 10. **Carla Boulboullé** (fraktionslos), 48 J.
8. 10. **Reinhold Hemker** (SPD), 47 J.

★

Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Landtags und Leiter der Abteilung Presse und Information, hat am Donnerstag, 12. September, seinen 50. Geburtstag begangen. Prominenteste Gratulanten waren Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe,** Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD), SPD-Fraktionsvorsitzender **Professor Dr. Friedhelm Farthmann,** CDU-Fraktionsvorsitzender **Dr. Helmut Linssen** sowie die Fraktionssprecherin der Grünen, **Bärbel Höhn.**

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist mit der Josef-Neuberger-Medaille der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf ausgezeichnet worden. Er erhielt sie für seine Bemühungen in der Christlich-jüdischen Gesellschaft sowie sein „persönliches Versöhnungswerk" in den deutsch-israelischen Beziehungen. Benannt ist die Medaille nach dem ehemaligen Justizminister in der Regierung Kühn (SPD), der 1977 im Alter von 75 Jahren gestorben war.

★

Reinhard Grätz und **Jürgen Büssow,** SPD-Landtagsabgeordnete, sowie **Helmut Kuhne, Christina Riesenbeck, Karin Junker, Michael Geuenich** und **Kurt Uhlenbruch** sind für die SPD als ordentliche Mitglieder, **Hannelore Ludwig, Ursula Zumhasch, Josef Krings, Dr. Klaus Heugel** MdL, **Helga Kühn-Mengel, Ulrich Wehrhöfer** und **Kurt Bodewig** als stellvertretende Mitglieder am 12. September vom Landtag in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) gewählt worden. Für die CDU wurden die Landtagsabgeordneten **Ruth Hieronymi** und **Eckhard Uhlenberg** sowie **Heinrich Ostrop, Jürgen Rosorius** und **Christa Thoben** als ordentliche und **Lothar Hegemann** MdL, **Hermann Gröhe, Thomas Kemper, Professor Dr. Renate Möhrmann** MdL und **Hartmut Schauerte** MdL als stellvertretende Mitglieder gewählt. Die F.D.P. entsendet den Landtagsabgeordneten **Dr. Horst-Ludwig Riemer** als ordentliches Mitglied. Für die Grünen wurde als stellvertretendes Mitglied die Landtagsabgeordnete **Christa Nickels** gewählt. Gegen den gemeinsamen Wahlvorschlag aller vier Fraktionen (Drs. 11/2336) stimmte nur der F.D.P.-Abgeordnete **Wolfram Dorn.** Die erstmalige Beteiligung der beiden Minderheitsfraktionen wird über die Erhöhung der vom Landtag gewählten Rundfunkratsmitglieder von derzeit zwölf auf 13 ermöglicht. Der Rundfunkrat steigt damit ebenfalls um einen Sitz auf 42 Mitglieder an. Die Amtszeit der ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder, die am 1. Oktober beginnt, beträgt sechs Jahre.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Dem Erdboden gleichgemacht wird derzeit ein Orientierungspunkt für zahllose Autofahrer und Bahnreisende, die sich der Landeshauptstadt aus nördlicher Richtung nähern: Das Stufenhochhaus, das bis vor kurzem die Verwaltungszentrale eines Versicherungsunternehmens beherbergt hat, wird mit seiner eigenwilligen Treppenform und dem charakteristischen Treppenturm (unser Bild) bald der Vergangenheit angehören. Auch eine Petition der „Bürgerinitiative ARAG-Hochhaus" an den Landtag blieb ohne Erfolg; vergeblich wiesen die Initiatoren auf den einmaligen Charakter des Gebäudes in und um Düsseldorf hin und reklamierten ohne Erfolg Denkmalschutz für dieses Werk der Architekten Professor Paul Schneider-Elsleben, das das Orts- und Stadtbild präge und von der Mehrheit der Bevölkerung als erhaltenswürdig angesehen werde. In seinem Bescheid teilte der Petitionsausschuß des Landtags mit, daß ein Widerruf der bestandskräftig erteilten Abbruchgenehmigung nicht möglich sei und „im übrigen Schadensersatzverpflichtungen in unbekannter Höhe auslösen" würde. Für die künftige Bebauung des Platzes am „Mörsenbroicher Ei" ist ein städtebaulicher Wettbewerb geplant. *Foto: Kersten*